

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährl. 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
 (nur das erste Wort frei). Inskate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Die gegenwärtige Wirtschaftskrise.

In Abhandlungen und Broschüren über die jetzige Wirtschaftskrise, die nicht nur so manche kapitalistischen Hoffnungen, sondern auch theoretische Konstruktionen der letzten Aufschwungsperiode vernichtet hat, fehlt es nicht. Wie immer, wenn im vergangenen Jahrhundert das Wirtschaftsleben nach Perioden glänzender Prosperität tiefe Erschütterungen erlitt, sind auch diesmal wieder jene Sachkundigen erschienen, die, da sie nur gewisse Symptome der Krise, nicht deren im kapitalistischen Wirtschaftsgetriebe wurzelnde Ursachen sehen, allerlei Nebenumstände: den Transvaalkrieg, das Kartellwesen, das Börsengesetz für den Hereinbruch der Krise verantwortlich machen und dementsprechend mit schönen Rezepten bei der Hand sind, wie künftig ähnlichen Umschlägen des Wirtschaftslebens vorgebeugt werden kann. Das Widerwertigste in dieser Einsicht bietet die freihändlerische Brentanosche Schule, deren Wortführer meist überhaupt das Bestehen einer Krise leugnen und nur das Vorhandensein einer „Depression“ oder Erschlaffung des Geschäftslagens anerkennen — ganz selbstverständlich; denn nimmt man einmal an, daß in dem Gewirr der kapitalistischen Wirtschaft sich von selbst eine innere Harmonie durchsetzt, so ist es ein Widerspruch in sich, die Krise als notwendiges Produkt dieser Wirtschaft gelten zu lassen, dann erfordert schon die Konsequenz, sie als Ergebnis einer durch irgendwelche äußeren Verhältnisse bewirkten Störung des natürlichen Gleichgewichts der wirtschaftlichen Kräfte aufzufassen. Es ist deshalb auch kein Fehler, sondern nur etwas Selbstverständliches, wenn Herr Walther Loh, der getreue Kleinärmer Brentanoscher Theoretiker, kürzlich als wissenschaftliche Attraktion des Frankfurter Bankertages verkündete, daß hauptsächlich das Börsengesetz und die durch die Follämpfe hervorgerufene Beschränkung der Geschäftswelt an dem Ausbruch der „Depression“ schuld seien.

Von dieser „Wissenschaft“, die sich im wesentlichen damit begnügt, die Behauptungen der Börsenpresse mit etwas volkswirtschaftlicher Begründung anzupflastern, wofür sie als Gegenwert das reichliche Lob dieser Presse eintauscht, sticht wohlthuend eine solche von Dr. Franz Eulenburg-Weipzig im Septemberheft der Contadischen Jahrbücher für Nationalökonomie veröffentlichte Studie ab. Aber „die gegenwärtige Wirtschaftskrise“, die entschieden zu dem Westen gehört, war bisher über den letzten wirtschaftlichen Rückschlag geschrieben worden ist. Nicht, als wenn sich nicht gegen einzelne Auffassungen Einwände erheben ließen, oder als wenn die Darstellung nicht vieles zu wünschen übrig ließe. Im Gegenteil, die Darlegungen sind durchweg recht trocken gehalten; es sind auch nicht alle in Betracht kommenden Punkte berücksichtigt, und ferner begnügt sich vielfach der Verfasser, gezwungen durch den knapp bemessenen Raum (ca. 80 Seiten), mit bloßen Hinweisen und Andeutungen, die in ihrer Kürze dem Nicht-Wirtschaftspolitiker nicht immer verständlich sein mögen — kurz die Abhandlung präsentiert sich als richtige Professorenarbeit mit oft altfränkischem Zuschnitt. Und doch überträgt sie die bisher erschienenen Abhandlungen über die jetzige Krise, denn sie ist eine geschlossene, systematische Arbeit, die nicht nachlässig von einer Hypothese zur anderen flattert, sondern sich auf dem Fundament bestimmter volkswirtschaftlicher Grundfassungen aufbaut.

Nach einer Erörterung des Begriffs der Krise und des internationalen Charakters der gegenwärtigen Störung beschäftigt sich Eulenburg zunächst mit den Symptomen der Krise und ihrer Intensität. Er betrachtet die Ausdehnung der Konjunktur und ihre Wirkung auf die verschiedenen Erwerbszweige, die Ausweise (Bilanzen, Geschäftsberichte etc.) der Banken, die Rentabilität der industriellen Betriebe vor und nach der Krise sowie die Schwankungen des Arbeitsmarktes. Das Ergebnis seiner Ausführungen faßt er selbst in die Worte zusammen:

„Somach stellt sich als Gesamtergebnis unserer Untersuchungen heraus, daß die Großbetriebe weniger vom Niedergange zu leiden haben, als die kleinen und mittleren, das Handwerk mehr als die Industrie. Der Verlust an Kapital ist nicht so groß als es auf den ersten Anblick scheint, die Lage der arbeitenden Klasse hat sich im ganzen wesentlich verschlechtert. Die einzelnen Industrien sind verschieden im Mitleidenhaftigkeitsgrade; naturgemäß werden auch die Arbeiter am meisten betroffen, die in rückgehenden Zweigen beschäftigt werden: — dort, wo die Rentabilität am stärksten abnahm, sind die größten Lohnrückgänge.“

Interessanter ist die Frage nach den Ursachen der gegenwärtigen Krise, die zugleich die Frage in sich schließt, welche Faktoren den Anstoß zum vorausgegangenen Aufschwung gegeben haben. Nach Eulenburg sind die Wirtschaftskrisen notwendige Resultate der kapitalistischen Produktionsweise, ja er vertritt sogar die Richtigkeit der Theorie, daß die Krisen sich mit einer bestimmten Regelmäßigkeit wiederholen müssen (sogenannte Cylus-Theorie), wenn auch von einem Einhalten stets gleicher Zeitabstände nicht gesprochen werden könne, da die Aufschwungs- wie die Krisenperiode durch verschiedene Nebenumstände verlängert oder verkürzt werden könnten. Spöttisch fertigt er die Einlags-Theoretiker ab, die aus dem Stand der heutigen Kredit- und Verlehrsrichtungen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kartellwesens „ohne viele Ueberlegung“ eine sinkende Tendenz zu wirtschaftlichen Störungen konstruieren hätten. Und ebenso wendet er sich gegen das Bestreben, gewisse „außerwirtschaftliche Momente“ (d. h. außerhalb des eigentlichen Wirtschaftsgetriebes stehende Faktoren, z. B. den Transvaalkrieg) als Krisenursache hinzustellen. Der Einfluß derartiger Nebenumstände auf die Ausgestaltung der Krise könne nicht bestritten werden, doch wäre der letzte Umschwung „durchaus aus den

immanenten Ursachen unserer Wirtschaft selbst zu erklären“.

Dieses Begründetein der Krise im Wesen der heutigen Wirtschaft schießt nicht aus, daß der Anstoß zur Krise wie zum Aufschwung ein verschiedenartiger sein kann, ja Eulenburg nimmt an, daß mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft sich auch der Charakter der Krisen ändert. So hat denn auch noch seiner Ansicht neben den Erfindungen auf dem Gebiete der Elektrizitätsverwertung besonders die rasche Zunahme der Edelmetallproduktion dem in 1895 einsetzenden Aufschwung einen bedeutsamen Anstoß gegeben. Denn diese Zunahme, speziell die Goldproduktion, habe zu einer Geldentwertung geführt, d. h. zu einem Anziehen der Warenpreise. Steigender Preis aber bedeute immer ein Ansporn für die Produktion und damit auch für die Spekulation.

„Steigende Preise aber wirken im System privatkapitalistischer Volkswirtschaft und der freien Einkommensgestaltung als allgemeiner Anreiz zur Produktionsausdehnung und zu einer Förderung des Wirtschaftslebens. Die Beschäftigung hatte z. B. 1890 solche Höhe erreicht, daß in den wichtigsten Industrien eine wirkliche Not an Arbeitern eintrat. Dadurch wurde natürlich bei Händlern und im Publikum die Meinung von der außerordentlich gesteigerten Produktion gestärkt. Das wirkte weiter auf die Steigerung der Preise, da vor allem die Händler große Käufe machten und aus Furcht vor weiterer Haussebewegung und in spekulativer Absicht große Lagerbestände aufhäufte, die bei Umschwung der Konjunktur sich als unverkäuflich erwiesen. Die Preissteigerung hat eben ein doppeltes Gesicht; sie beeinflusst in entscheidender Weise die Prosperitätsperiode, fördert die Produktionsausdehnung und erzeugt weitere Hausse; sie beschleunigt aber damit auch den Umschwung, erschwert die Anpassung an den Bedarf und verlängert die Waise.“

Dagegen verneint Eulenburg, daß die Entwicklung des Außenhandels, wie von manchen Seiten behauptet worden ist, wesentlich zu dem Einsetzen des Aufschwunges in 1895 beigetragen hat. In seinen Ausführungen über die Steigerung der Produktivität der hauptsächlichsten Industrien kommt er vielmehr zum Ergebnis, daß die Ausdehnung keineswegs mit der Mehrerzeugung Schritt gehalten hat. „Die Ausfuhrziffern sind erheblich langsamer gestiegen als die Produktionsvermehrung und Kapitalinvestierung bedingte. Der Anreiz zu beiden ist also jedenfalls nicht vom Ausland gekommen und nicht durch den ausländischen Bedarf hervorgerufen.“

Worin ist nun aber die Ursache des eingetretenen Rückschlages zu suchen? In der übermäßigen Produktionsausdehnung, aber nicht in der allgemeinen Produktionsausdehnung schlechthin, sondern speziell in der Ueberproduktion von Produktionsmitteln. Eulenburg unterscheidet eine Produktion von gewöhnlichen Gebrauchsgütern und von Produktionsmitteln (Werkzeugen, Maschinen, Fabrikgebäuden etc.), die im Produktionsprozeß Anwendung finden und zur Steigerung der Produktionsfähigkeit beitragen. Der Konsum dieser beiden Arten von Erzeugnissen sei aber ein ganz ungleichartiger; die Ausdehnung und Produktionsfähigkeit einer Industrie, wenn sie einmal gesteigert sei, bleibe bestehen und brauche nicht beständig in gleichem Maße und gleichem Tempo weiter gesteigert zu werden.

„Es ist das Einsetzen der Produktion von Produktionsmitteln“, erklärt der Verfasser S. 354, „die Verlängerung des Produktionsweges, das die ganze Wirtschaft kompliziert. Ist das Werk einmal für die Mehraufträge ausgestattet, so kann diese Erweiterung auch für längere Zeit den gesteigerten Bedürfnissen Rechnung tragen, ohne daß der Spannen des Produktionsapparates stetig erweitert zu werden braucht. Die Adress sind dann geschaffen und bedürfen nun nur noch eines langsameren Ausbaues und eines langsameren Verschleißes. Es tritt sonach eine Unproportionalität ein zwischen der Produktion von Produktionsmitteln auf der einen Seite und der Produktion von Gebrauchsgütern durch jene auf der anderen Seite: diese letzteren können stetig fortschreiten — was von der Zunahme und der Kaufkraft der Bevölkerung abhängt; jene erleiden aber nur einen rudweisen Erfolg, wenn sie einmal eingerichtet sind. Es steht sonach ein zeitliches Mißverhältnis zwischen der Produktion beider Art... Und diese „Unausgeglichenheit“ wird um so mehr verstärkt, je größer zu einer Zeit die Ausdehnung und Erweiterung der Produktion von Produktionsmitteln gewesen ist.“

Liegt aber in diesem Mißverhältnis, wie Eulenburg in Bezug auf die Eisenindustrie näher darzutun sucht, hauptsächlich die Hauptursache der jetzigen Krise, so sind nicht nur alle Hoffnungen auf ein baldiges Aufhören der Depression eitel, sondern es ist auch die Ansicht Brentanos, daß die Kartelle „Falltürme der Krisen“ seien, völlig unbegründet, denn wie Eulenburg in einer theoretischen Darlegung nachweist, die zu den besten Partien der Abhandlung gehört und teilweise ähnliche Gedankengänge enthält, wie Kautskys Ausführungen über die Kartelle in seinem Artikel über „Krisentheorien“ in Heft 30 des laufenden Jahrganges der „Neuen Zeit“, vermag die Kartellorganisation die Grundgesetze der kapitalistischen Produktion nicht zu verrücken. „Sie ändert an dem Wesen der modernen Produktionsweise gar nichts, worauf es doch anlämte. Es ist eben ganz unmöglich, ein einzelnes Glied aus der Kette des Wirtschaftssystems herauszugreifen und ihm einen besonderen Platz außerhalb anzuweisen zu wollen.“

Neben dem Zurückbleiben der Nachfrage hinter der Produktion von Produktionsmitteln kommt aber noch ein zweites in Betracht, nämlich das Verhältnis der Produktionssteigerung und der Kapitalvermehrung zur Volks- und Einkommenserhöhung, vornehmlich zur Gestaltung des Lohn- und Arbeitseinkommens, und in Bezug auf diese Frage kommt Eulenburg in einem längeren Abschnitt über „Kaufkraft und Kapitalisation“ zu dem Resultat, daß wenn auch Arbeitslohn und Arbeitseinkommen in den Jahren 1895/1900 gestiegen sind, doch die Produktivität sowie die Kapitalanhäufung

(und damit auch die Kapitalanlage zu Produktionszwecken) ungleich schneller gewachsen ist, als das Arbeitseinkommen. „Dadurch“, heißt es S. 378, „daß jährlich eine zu große Summe dem direkten Verbrauche entzogen und der Produktion zugeführt wird, ist überhaupt das Moment der Ueberausdehnung nur möglich, die erst nach einiger Zeit vollständig ausgefüllt werden kann.“

Auf die Ausführungen Eulenburgs über die Rückwirkung der Kapital- und Produktionsausdehnung auf den Geldmarkt und die Spekulation einzugehen, verbietet die Knappheit des Raumes; erwähnt sei nur, daß er in der Kreditüberspannung und Spekulation während der Hochkonjunktur lediglich „verschärfende Momente“ erblickt, nicht primäre Ursachen der Krise.

Zum Schluß spricht Eulenburg nochmals die Ansicht aus, daß mit einem längeren Andauern des jetzigen wirtschaftlichen Druckes gerechnet werden müsse, dessen Ueberwindung natürlich durch einen wirtschaftlichen Rückschlag in Amerika noch weiter hinausgeschoben würde.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Oktober.

#### Der Reichstag

hat am Dienstag seine Arbeiten wieder aufgenommen. Groß war die Zahl der Getreuen nicht, die dem Rufe des Präsidenten gefolgt sind. Bei Beginn der Sitzung waren noch nicht hundert Abgeordnete im Saale anwesend, und die Zahl wuchs auch nicht sonderlich im Laufe des Tages.

Der Präsident ließ der Arbeit einige freundliche Begrüßungsworte an die Erschienenen vorangehen. Unter seinen geschäftlichen Mitteilungen war bemerkenswert, daß nicht weniger als 84 Mitglieder in die Zolltarif-Kommission ein- und ausgetreten sind.

Die Tagesordnung: Petitionen, war außerordentlich umfangreich; aber von ihren 40 Nummern wurde selbst die erste nicht zu Ende geführt. Freilich handelte es sich da um ein sehr weites und wichtiges Thema, um ein einheitliches deutsches Vereins- und Versammlungsrecht im allgemeinen und das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen im besonderen. Nirgends vielleicht zeigt sich deutlicher, wie tief wir noch im alten Volkzeitstaat stecken und wie unendlich langsam und mühselig auch nur der kleinste Fortschritt zu erreichen ist. Hörte man heute die Redner der bürgerlichen Parteien, so möchte es ja so scheinen, als sei es ihnen ernstlich darum zu thun, ein vernünftiges allgemeines Vereinsrecht zu schaffen. Aber der Verdacht liegt — wie Veibel mit gutem Grunde hervorhob — sehr nahe, daß die kommenden Wahlen nicht ohne Wirkung auf diese freirechtlichen Mäßen sind. Das gilt für die National-Liberalen, für die Herr Passermann sprach, besonders aber für das Centrum. Herr Trimbom aus Köln sprach denn auch mit großem Eifer von der Notwendigkeit, das Koalitionsrecht in modernem Sinne auszubauen, und griff die sächsische Regierung wegen ihrer Uchtanierung mitleidiger Arbeitervereine heftig an. Den Frauen freilich will das Centrum, ebenso wie die Mehrheit der Petitionskommission, das Vereins- und Versammlungsrecht nicht uneingeschränkt gewähren, sondern es nur auf ihre sozialen Berufsinteressen beschränken.

Gegen diesen Vorschlag wandte sich außer Rickert, dem freisinnigen Abgeordneten Müller-Weinungen mit besonderer Entschiedenheit Genosse Veibel. Er wies die Halbheit dieses Vorschlages treffend nach und zeigte an einer Reihe von Beispielen, daß sich die Berufsinteressen der Arbeiterin mit der politischen Verfassung auf das engste berühren. Besonders fatal war dem Centrum, wie aus einer Erwiderung seines Redners hervorging, daß Veibel an die Praxis der Ultramontanen erinnerte, besonders im Rheinlande, den Socialdemokraten die Säle abzutreiben, und daß er die Haltung des bayrischen Centrums bei der Revision des Vereinsrechtes scharf kritisierte. Veibel trat bei dieser Gelegenheit entschieden für das politische Wahlrecht der Frauen ein. Er hatte so drastische Beispiele für das ungerechtfertigte Ausbleiben von Versammlungen besonders aus Sachsen anzuführen, daß selbst der sächsische Geheimrat Fischer sich genötigt sah, Mißgriffe zuzugeden. Auch der Bundesratsvertreter der thüringischen Staaten meldete sich zur Stelle, um sich über die willkürliche Handhabung des Vereinsrechtes in Sachsen-Weimar und Sachsen-Altenburg zu äußern; nur der größte Bundesstaat Preußen fand keinen Vertreter. Herr v. Hammerstein scheint es vorzuziehen, die Reichstagsverhandlungen gedruckt zu lesen, statt Auge in Auge Rede zu stehen. Dabei wurden gerade ihm besondere Liebendwürdigkeiten gewidmet und seine famose Segment-Erfindung nicht gerade gefeiert.

Auch von der Reden nahm niemand das Wort. Morgen soll die Debatte fortgesetzt werden, doch hat die Besprechung unserer Interpellation über die Arbeitslosigkeit, die vor Monaten abgebrochen wurde, den Vortritt.

#### Die Dispositionen des Reichstages.

Der Seniorenkongress, der am Dienstag unter dem Vorsitz des Präsidenten tagte, war sehr stark besucht.

Der Präsident betonte, daß zur Bewältigung der Hauptgegenstände der Session, des Zolltarifs und des Etats für 1903,

etwa 130 Sitzungstage zur Verfügung stehen. Um die Geschäfte des Reichstages ordnungsmäßig zu erledigen, beabsichtigt der Präsident, vor der Weihnachtspause die zweite Beratung des Tarifs soweit als möglich zu fördern und außerdem, wenn der Etat eingehet, die erste Beratung desselben vor Weihnachten zu erledigen. Nach Beendigung der Etatsberatung, also voraussichtlich nach der Osterpause könnte alsdann die Zolltarifberatung fortgesetzt werden. Das Ende des jetzigen Reichstages sei, so viel er wisse, Mitte Juni zu erwarten, wenn er nicht vorher eines nicht natürlichen Todes sterbe.

Gegen diese Dispositionen erhob sich im Seniorenkongress kein Widerspruch. Auf die Einzelheiten eingehend, teilte der Präsident sodann mit, daß eine Interpellation betreffend die Fleischnot von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht ist, und daß er dieselbe auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen stellen werde. Nach Erledigung der Interpellation soll dann der Zolltarif zur Beratung gestellt werden und zwar soll zuerst das Tarifgesetz und dann der Tarif in seinen einzelnen Positionen in zweiter Lesung beraten werden.

Mit Ausnahme der Sozialdemokraten erklärten sich die Vertreter aller andern Parteien mit dem Vorschlag einverstanden. Die Sozialdemokraten erachteten es der Logik widersprechend, wenn erst das Tarifgesetz und dann der Tarif, welcher ausdrücklich als Voraussetzung des Tarifgesetzes bezeichnet wird, zur Beratung gelangt.

Zunächst müßten die Zollpositionen festgesetzt werden und erst dann kann davon die Rede sein, welche gesetzgeberische Vorschriften für die Handhabung des Tarifs getroffen werden sollen.

Gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten trat die Mehrheit der Ansicht des Präsidenten bei. Demgemäß wird die Beratung mit dem § 1 des Tarifgesetzes (Minimalzölle für Getreide und Vieh) in Verbindung mit den diese Artikel betreffenden Zollpositionen beginnen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Seniorenkongresses regten weiter an, daß die vor den Ferien nicht zum Abschluß gelangte Besprechung der Interpellationen wegen der Arbeitslosigkeit und Unterdrückung der polnischen Sprache in der Provinz Posen vor dem Beginn der Zollberatungen erledigt wird. Ebenso wurde sozialdemokratischerseits verlangt, daß jede Woche ein Tag für die Beratung der Initiativanträge freigehalten wird. Von keiner Seite wurden jedoch diese Anregungen aufgenommen oder befürwortet. Nur in einem Punkte kam der Seniorenkongress den Wünschen entgegen, indem verabredet wurde, am Mittwoch die Besprechung der Arbeitsloseninterpellation fortzusetzen. Am Donnerstag soll dann — für den Fall die Regierung nicht etwa die Verantwortung auf später zu verschieben wünscht — die Besprechung der Fleischnot-Interpellation stattfinden. Lehnt die Regierung die Verantwortung zur Zeit ab, so wird bereits am nächsten Donnerstag mit der Beratung des § 1 des Zolltarifgesetzes begonnen, sonst am nächsten Freitag.

Voraussichtlich wird die Beratung des § 1 sich zu einer umfassenden Generaldiskussion über Getreidezölle im allgemeinen und Minimalzölle für die Hauptgetreidearten und Vieh im besonderen auswachsen. Vielleicht fallen alsbald für das Geschick der Zollvorlage entscheidende Erklärungen seitens des Reichskanzlers.

Eine parlamentarische Korrespondenz berichtet: Wie bestimmt verlautet, wird der Reichskanzler die Interpellationen über die Fleischnot am Donnerstag nicht beantworten, so daß an diesem Tage also bereits die zweite Beratung des Zolltarifs beginnen wird.

Wenn die Regierung sich weigert, über die schwere Fleischnot, die wesentlich durch ihre verfehlte Grenzsperrpolitik heraufbeschworen ist, Rede zu halten, so wird sich alsbald bei Beratung der Viehzölle Gelegenheit ergeben, diese Frage zugleich zu behandeln.

#### Agrarischer Arbeitermord.

Daß neun Zehntel aller Unfälle der Arbeiter durch die strapalose Lässigkeit und gemeingefährliche Anwesenheit der Unternehmer in Befolgung und Verwirklichung der Vorschriften der Berufsgenossenschaften ihren letzten Grund haben, darüber herrscht bei allen halbwegs Ehrlichen kaum ein Zweifel; ebenso wenig darüber, daß die agrarischen Unternehmer hierin ihre industriellen Kumpane noch weit übertreffen.

Einen geradezu klassischen Beleg hierfür bietet wieder der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht der Reiningischen land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das letzte Berichtsjahr 1901 und ihre Vertreterversammlung. Dieser Beleg ist um so gewichtiger, maßgebender und eindringlicher, als er außergewöhnlich offen und ehrlich ist, vor allem aber auch, weil er eben von einer nahezu offiziell-agrarischen Seite kommt, der man eher alles andere als etwa Feindschaft gegen die Landwirtschaft vortreiben kann. Hören wir, was der Vorsitzende dieser genannten Berufsgenossenschaft in der Vertreterversammlung, die vor nicht so langer Zeit stattfand, im Anschluß an den schriftlichen Bericht ausführte.

Nachdem er im Namen des Vorstandes, dem sich die Vertreterversammlung dann angeschlossen, erklärt hatte, daß die vornehmste Aufgabe der Berufsgenossenschaft die Verhütung der landwirtschaftlichen Betriebsunfälle sei und daß die diesbezüglich bestehenden Vorschriften noch sehr verbesserungsbedürftig seien, wies er auf die vom Reichs-Versicherungsamt gegebene vorläufige Mitteilung hin, wonach bekanntlich für 56 936 in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1901 verunglückte Personen Entschädigungen gezahlt werden mußten, und führte dann nach der autografischen „Dorfzeitung“ in Hildburghausen, die sich in Mitteldeutschland weiter Verbreitung, guter offizieller Verbindungen und eines noch besseren und berechtigteren, gut reaktionären und arbeiterfeindlichen Aufes erfreut, folgendes wörtlich aus:

„Diese Unfallstatistik und die wider Erwarten hohe Unfallziffer zeige mit erschreckender Klarheit, daß Tausende von Unfällen nur deshalb entstehen, weil in der deutschen Landwirtschaft für Unfallverhütung bisher fast gar nichts geschehen sei. Ebenso hätten die seit dem Bestehen der Berufsgenossenschaft vom Vorstand angestellten statistischen Erhebungen die unumstößliche Thatsache ergeben, daß in dem Herzogtum Sachsen-Meinungen eine große Anzahl von Unfällen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sich ereignen, die lediglich durch mangelhafte Betriebsanrichtungen, durch das Fehlen geeigneter Schutzvorrichtungen und Schutzvorrichtungen, sowie dadurch hervorgerufen werden, daß es an genügender Aufsicht, Anweisung und Belehrung der Arbeiter fehle.“

Das ist gewiß schon deutlich und, von solcher Stelle aus, auch merkwürdig offen und ehrlich gesprochen. Aber es kommt noch besser. Der Vorsitzende dieser Berufsgenossenschaft fuhr dann nämlich fort:

„Gewiß müßte anerkannt werden, daß in der Industrie auch viele Unfälle durch mangelhafte Betriebsanrichtungen entstehen, aber dort handle es sich um viel kompliziertere Einrichtungen, bei denen viel schwierigere Fragen bei der Unfallverhütung auftreten als in der Landwirtschaft. Je legerer dagegen liegen die „Gefahrenverhältnisse“, soweit es sich um Maschinen, bauliche Einrichtungen, Fuhrwerke und Geräte handle, so einfach, daß nur der gute Wille fehle, um hier eine ganz bedeutende Besserung des Unfallrisikos herbeizuführen.“

Nachdem er dann darauf hingewiesen hatte, daß die Auffassung der meiningischen land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft

über die Unfallverhütung übrigens auch der Landeskultur-Rat für das Königreich Sachsen vertritt, worüber wir früher schon berichtet haben, schloß er:

„Die Berufsgenossenschaft dürfe daher nicht länger zusehen, wie jährlich eine große Anzahl Personen ihre geliebten Glieder oder ihr Leben verlieren, weil man in weniger einflussreichen Kreisen der meiningischen landwirtschaftlichen Bevölkerung sich den Unfallverhütungs-Vorschriften gegenüber ablehnend verhielt. Diese Gleichgültigkeit ließe sich aber vor Gott und dem eigenen Gewissen nicht mehr verantworten.“

Es muß wahrlich, und nicht bloß in diesem agrarischen Bezirk, weit gekommen sein, wenn der Vorsitzende einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in deren Vertreter-Versammlung also zu reden wagt! Freilich der Appell an den lieben Gott und das Gewissen der Agrarier wird versucht wenig helfen. Teilweise sah man das in der genannten Versammlung wohl auch selbst ein und begnügte sich damit nicht, sondern beschloß wenigstens noch die Vornahme weiterer und vor allem scharfer Betriebsrevisionen. Aber auch die scharfsten und gewissenhaftesten Betriebsrevisionen und Unfallvorschriften können, wie allbekannt, nicht ausreichen, so lange noch den landwirtschaftlichen Arbeitern das Recht der freien Koalition und die dadurch erst mögliche Macht fehlt, den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften den gehörigen Nachdruck zu geben.

## Deutsches Reich.

### Die deutsche Boerenfurzt.

Während in Paris die Boerengenerale sowohl von dem Ministerpräsidenten Combes wie dem Minister des Auswärtigen Delcassé empfangen wurden, ohne daß man peinliche Etikettenfragen aufwarf, hat man in Berlin sogar die Anschlagjulen-Jirma Kaud u. Hartmann mobilisiert, um die Plakatierung des Aufzuges des Empfangsausschusses für die Boerengenerale zu verhindern. Die Beigerung ist offenbar auf einen Wink des Polizeipräsidenten erfolgt, das auch sonst eifrig bemüht ist, jede Möglichkeit boerenfreundlicher Demonstrationen zu verhindern. Nun wird auch wohl das ganze Volk der Hoflieferanten die anfängliche Begeisterung abschmühen; die „undankbaren“ Generale verdienen es ja nicht anders.

Der „Vicente Rotterd. Courant“ giebt folgende Darstellung der Affaire: Nach den erfolgten Anregungen einer Zwischenperson, die aber im Unklaren lassen, inwieweit der Kaiser persönlich mit der Angelegenheit in Verbindung zu bringen ist, stimmte De Wet einem Besuch beim Kaiser zu. Er konnte nicht anders handeln, ohne unhöflich zu sein. Gleichzeitig verlangte er Informationen, nach welchen Formalitäten der Empfang vor sich gehen sollte. Die Formalitäten, die ein Enthalten von einer Agitation und Einführung durch den englischen Gesandten verlangen, bildeten keinen Hinderungsgrund. Nun blieb die offizielle Einladung aus. Die Generale wollten eine klare Einladung haben, ehe sie die Audienz wagten. Daher die offizielle Mitteilung der Generale aus dem Haag vom 6. d. Mis.

Auch diese Darstellung beweist die Richtigkeit der Auffassung, daß die deutsche Regierung eine höchst zweideutige Rolle gespielt hat; sie wollte überschlau zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und die Audienz als einen mit allerhöchster englischer Genehmigung erfüllten Wunsch der Generale zu Stande bringen. Man hat kläglich vorbeigeschlagen.

Uebrigens scheint man jetzt bei uns ein Empfinden für die Zämmlichkeit der Situation zu haben. Wenigstens wird heute von den Reichsbedienten des auswärtigen Amtes versichert, es werde vielleicht doch noch möglich werden, die Audienz zu vermitteln.

### Stimmungszeichen für die Reichstagswahlen

sind auch die Landtags- und Gemeindevahlen, die jetzt stattfinden. Der Zollkauer beeinflusst auch die Wähler in den Einzelstaaten und den Gemeinden.

Merkenstwert sind in dieser Hinsicht die Landtagswahlen in Oldenburg, die am Dienstag stattgefunden haben. Dort ist die herrschende agrarische Mehrheit gestürzt worden.

Die Sozialdemokraten gingen — es ist dort indirektes Wahlsystem — mit den bürgerlichen Demokraten gegen die Agrarier zusammen und es gelang unren Genossen, sechs Kandidaten durchzubringen, während bisher nur ein Sozialdemokrat, Hug, im Landtag saß. Ein Privat-Telegramm berichtet uns vom Dienstag, daß im Wahlkreis Rustringen die Sozialdemokraten Hug, Duden, Heitmann, im Wahlkreis Delmenhorst die Genossen Schulz, Meyer und Schmidt gewählt worden sind.

So ist die Herrschaft der agrarischen Mehrheit im agrarischen Mutterstaat gedrohen worden.

Der nationalliberale Delegiertentag in Eisenach bedeutet nichts als der erneute Beweis des kläglichen Glanzes, in dem der Nationalliberalismus untergeht. Einige Mütter der Partei, die auf ihrem Hüften — ach so überaus schwachen! — Hügel stehen, täuschen sich in die freudige Meinung, daß in Eisenach die Partei „einen Rud nach links“ erhalten habe. Die jüngeren Elemente sollen die Vertonung der liberalen Gesichtspunkte fördern und den Anschluß an die konservative Reaktion zurückfassen. Herr Waffermann ließ seine Rede über die allgemeine Stellung der Partei auslingen in der Verhinderung dieser nationalliberalen Ziele: „Förderung des Allgemeinwohl, Erhaltung der Wohlfahrt des Vaterlandes, entschiedene liberale Politik gegen jegliche Reaktion und gegen die mehr und mehr um sich greifende Ueberwucherung der materiellen Interessen.“

Das ist das schöne Gerede, mit dem der Nationalliberalismus sein Wahlgeld einsetzt will. Das einzige einigermaßen klare Ergebnis über die Eisenacher Verhandlungen ist der Zoll-Verschluß, daß die Reichstagsfraktion sich im wesentlichen auf den Boden der Regierungsvorlage stellen solle. Eine nicht unansehnliche Minorität wollte selbst noch ein Hinansgehen über die Regierungsvorlage offen halten. Das ist der nationalliberale Liberalismus, das der Widerstand gegen die Interessensüberwucherung, das schamlos reaktionärste Wuchergesetz, das Erzeugnis wilderster Interessentensesseln zu billigen und zur Annahme bringen zu wollen!

Merkenstwert ist nur noch die Episode, daß Professor Loh-München recht eindringlich seinen abweichenden Standpunkt gegen die Zustimmung zur reaktionären Zollpolitik ansprach. Er sprach zu tauben Ohren und er fragte selbst offen, ob für ihn überhaupt noch Platz in der nationalliberalen Partei sei.

### Auf zwei Achsen.

Aus Köln wird uns berichtet: Im Kölner Rathaus wurde in der letzten Sitzung über die Fleischnot verhandelt und mit allen gegen zwei Stimmen ein Antrag der Verwaltung angenommen. Die Stadtverordneten-Versammlung wird ersucht, beim Herrn Reichskanzler um eine erweiterte Einfuhr lebender Schlachttiere aus Oesterreich-Ungarn und den Niederlanden in den öffentlichen Schlachthof behufs sofortiger Abschachtung vorstellig zu werden. Weigernder Besmann begründete den Antrag mit den gestiegenen Schweinepreisen, dem Rückgang der Schlachtungen und dem um 12 Proz. pro Kopf der Bevölkerung gesunkenen Konsum. Gegen den Antrag sprach Herr Pauli, ein Großgrundbesitzer; die hohen Viehpreise seien eine Folge der Preisstreiberien. Die Märkte in Köln, Elberfeld, Essen u. a. hätten fortwährend Ueberstände, woraus sich ergebe, daß ein Viehmangel nicht existiere. Im Auslande seien die Schweinepreise um keinen Pfennig billiger als bei uns. Die Minderung des Fleischkonsums habe ihre Ursache in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Der Landwirtschaft sei es gleich, ob die Grenzen geöffnet würden, da ein Preisrückgang nicht eintreten würde (?), wohl aber sei die Gefahr der Seucheneinführung vorhanden. Man solle daher die Sache vertrauensvoll in die Hände der Regierung legen. Nun nahm Herr Trimborn, der bekannte Centrumsführer, das Wort:

Der Rückgang des Fleischkonsums um 1/3 zeige die bedrückende Notlage der Armen. Bei solcher Not in der Stadt müsse Abhilfe erfolgen. Als Kölner Stadtverordneter müsse man die Sache beurteilen, und als solcher könne man die Öffnung der Grenzen in Erwägung ziehen. Die Aufhebung der Sperre würde die Kölner Fleischpreise sicher beeinflussen. Auch ließe diese sich so durchführen, daß die Gefahr der Seucheneinführung wohl ausgeschlossen sei.

Man sieht, Herr Trimborn ist ein sehr wandlungsfähiger Herr, und wohl in Anerkennung dessen hat ihn die Zolltarif-Kommission zum Verdienstatter über den Abschnitt: „Kautschuk“ bestimmt. Als Mitglied der Kommission tritt Herr Trimborn für die Sperrung des Auslandes durch Wucherzölle ein. Da kümmert ihn die Notlage der ärmeren Bevölkerung herzlich wenig, da hilft er den Besitzenden auf Kosten der Masse die Taschen füllen. Aber als Kölner Stadtverordneter, da ist's anders. Da ist Herr Trimborn ein Freund der Armen und Kotsleidenden, da stimmt er für Öffnung der Grenzen, gegen die hohen Fleischpreise. Hier ist er christlich, dort unchristlich. Warum? Weil in Köln demnächst die Stadtratswahlen sind und die Entscheidung, ob die rheinische Metropole zukünftig liberal oder nationalliberal verhalten werden soll, in der zweiten Klasse auf des Meisters Schneide steht. In dieser Klasse wählen viele behäbige Metzgermeister und manche Leute, denen die hohen Fleischpreise zuwider sind. Die Öffnung der Grenze bedeutet Profit für den Metzger. Sollen da die Centrumsmandate erhalten werden, so muß man ihnen schon um den Bart gehen und trotz aller Wucherzölle, trotz der in der Zollkommission betriebenen Brot- und Fleischpolitik muß man den Schein wahren, als ob man außer den Agrariern und dem Armen und dem Mittelstande helfen möchte. Daher das doppelte Gesicht des Herrn Trimborn! —

Das Mitgliederverzeichnis. Wie muß ein Mitgliederverzeichnis im Sinne des § 2 des preussischen Vereinsgesetzes aussehen? Diese Frage, die bereits das Kammergericht beschäftigt hat, ist nunmehr auch vor das Ober-Verwaltungsgericht gebracht worden. In Pabrze in Schlesien besteht ein Volksverein „Drona“, der von Polen gegründet ist und den Schutz sowie die Förderung der Interessen seiner Mitglieder bezweckt. Der Vorstand des Vereins konnte es der Polizeiverwaltung von Pabrze nie recht machen, so oft er auf Verlangen ein Mitgliederverzeichnis einreichte. Sie verlangte immer wieder eine andre Art der Aufstellung und ordnete schließlich unter Androhung einer Zwangsbefehl an, innerhalb 8 Tagen ein nach einem bestimmten Schema aufgestelltes Mitglieder-Verzeichnis einzureichen. Danach sollten außer Namen, Stand und Wohnung der Mitglieder auch deren Alter nach Jahr und Tag angegeben werden. Der Vorstand lam der Aufforderung nicht nach, sondern beharrte sich, allerdings vergeblich, beim Landrat und beim Regierungspräsidenten zu Duppel. Die Behörden hielten das Vorgehen der Polizeiverwaltung für durchaus berechtigt. Nach § 2 des Vereinsgesetzes könnten die örtlichen Polizeibehörden nicht nur ein Mitgliederverzeichnis, sondern auch jede darauf bezügliche Auskunft verlangen.

Der Vorsitzende Dpiciel klagte nun beim Ober-Verwaltungsgericht. Diefem lagen die Akten in einer Strafsache vor, die in derselben Angelegenheit gegen D. geschwebt hatte. Danach ist D. vom Kammergericht freigesprochen worden. Das Kammergericht nahm an, der Vorstand des Vereins habe schon mehr gekannt, als seine Pflicht war. Unter einem Mitgliederverzeichnis gemäß § 2 des Vereinsgesetzes sei ein Verzeichnis zu verstehen, das nur Namen und Wohnort der Mitglieder und in größeren Städten noch Straße und Nummer enthalte. Das Recht auf Auskunft umfasse nicht die persönlichen Verhältnisse der Mitglieder.

Das Ober-Verwaltungsgericht gab der Klage statt, hob den Bescheid des Regierungspräsidenten auf und setzte die Verfolgung der Polizeiverwaltung außer Kraft.

Wie Subventionen „verdient“ werden. Vor dem Schöffengericht in Habersleben hatte sich am letzten Donnerstag der bekannte amtlich bezahlte Dänenvernehmer E. Straderjan, der Herausgeber der „Schleswighischen Grenzpost“, wegen Verleumdung des Landtags-Abgeordneten Julius Nielsen zu verantworten. Straderjan hatte in einem Artikel mit der Ueberschrift „Der neueste Eid“ die Verleumdung Nielsens im Abgeordnetenhaus glossiert und diesen vorgeworfen, er habe gar nicht die Absicht, den Eid zu halten. Nielsen Eid sei deshalb ein Meid und eine Gotteslästerung. Vor Gericht suchte der Angeklagte den Wahrheitsbeweis (!) für seine Behauptung anzutreten. Er verlas eine Anzahl Artikel der dänischen Oppositions-presse, denen Nielsen nicht widersprochen, die er also gebilligt habe. Er citierte Reden von Parteigenossen Nielsens, aus denen daselbe erhelle, wie auf eine in Nordholfsteinig transportierte Anstaltspostkarte mit dem Wilde Christians IX. zu Pferde hin und appellierte schließlich im Vertrauen der Ueberzeugung an den Patriotismus der Richter: er habe nur aus den ehrenwertesten Motiven den Abgeordneten Nielsen angegriffen, denn er kämpfe für seinen Eid, jener aber gegen denselben. Der Gerichtshof bereitete dem großen Patrioten leider den Schmerz, ihm die Wahrung berechtigter Interessen nicht zuzugestehen, die von ihm eingenommene Pose des nordischen Vaterlandsretters also nicht anzuerkennen. Das Urteil stellte vielmehr fest, daß der Wahrheitsbeweis absolut nicht gelungen und Straderjan zu der höchsten zulässigen Geldstrafe, 600 M., zu verurteilen sei. Nur weil das Gericht annahm, daß Straderjan im guten Glauben gehandelt habe, sei von einer Freiheitsstrafe Abstand genommen worden.

Die Aufhebung des Vereinsrechts im Reichsland. Aus Rey wird uns geschrieben: Das kaiserliche Bezirkspräsidium hat die vereinspolizeiliche Genehmigung des sozialdemokratischen Wahlvereins von Rey und Umgebung verweigert und zwar ohne irgend welche Begründung. Es wird Verurteilung aus Ministerium eingelegt werden.

Im Reichsland giebt es also überhaupt kein Vereinsrecht — er- neuer Beweis, wie dringend notwendig eine reichsgesetzliche Regelung ist.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Ein neuer Sprachen-Ausgleichsversuch. Koerber unterbreitete den Mitgliedern der einberufenen Konferenz die Grundzüge bezüglich der gesetzlichen Regelung der sprachlichen Verhältnisse bei den landesfürstlichen Behörden Böhmens, sowie solche für die Regelung dieser Verhältnisse bei den landesfürstlichen Behörden Mährens. Für beide Länder gelten folgende Grundzüge:

Die deutsche Sprache ist in dem bisherigen Umfange zu gebrauchen: 1. im gesamten Verkehr mit den militärischen Behörden und der Gendarmerie und für deren dienstliche Anforderungen; 2. im Verkehr mit den Behörden außerhalb Böhmens bzw. Mährens; 3. die deutsche Sprache ist ferner zu gebrauchen von allen landesfürstlichen Behörden sowohl im inneren Dienstverkehr wie auch in amtlichen Konferenzen, in allen Angelegenheiten der bewaffneten Macht, weiter bei der Vorlegung von Berichten, Gutachten und Geschäftsansuchen usw. Abgegeben hiervon sind grundsätzlich bei den landesfürstlichen Behörden zu unterscheiden: ein einsprachiges böhmisches, ein einsprachiges deutsches und ein zweisprachiges Sprachgebiet. Als einsprachig gelten jene Gerichtsbezirke, in denen bei der Volkszählung von 1900 und bei jeder zweiten jeweiligen Volkszählung weniger als 20 Prozent der ansässigen Bevölkerung die andre Landessprache als die Umgangssprache angegeben haben. Alle andern Gerichtsbezirke sind zweisprachig. Danach richtet sich auch die Einsprachigkeit oder Zweisprachigkeit der landesfürstlichen Behörden. Mehrere Gerichtsbezirke umfassende Behörden sind zweisprachig, wenn ein oder mehrere dieser Sprengel anderssprachig sind als die übrigen. —

## Schweiz. Som Postar.

**Briefe, 10. Oktober.** (Eig. Ber.) In 4 Sitzungen hat sich der Nationalrat mit dem Posttarif beschäftigt, nachdem der Ständerat daran mehrfache Änderungen vorgenommen hatte und eine Vorlage nur dann als parlamentarisch erachtlich anzusehen ist, wenn beide Häuser sich über sie vollständig geeinigt haben. Die nationalrätliche Postkommission, welche die Vorlage vor der Plenarberatung des Nationalrates behandelte, nahm daran noch weitere Änderungen vor, indem sie für 26 Positionen die Pölle erhöhte und für 19 ermäßigte, andern, vom Ständerat getroffenen Änderungen dagegen ohne weiteres zustimmte, so z. B. der Ermäßigung der Pölle auf Wildpret und Wildpretkonserve von 20 und 25 Franks auf 15 und 20 Franks. Der platonische Charakter der schweizerischen Bundesversammlung offenbart sich in dieser unverhältnissmäßigen Beschränkung der besitzenden Klassen, die ja fast ausschließlich die Wildpretkonserve sind, auf die abstoßendste Art, die durch die Ermäßigung des Margarinezölles von 25 auf 20 Fr. beispielsweise, der übrigens wieder eine Erhöhung des Zölles auf Hering, der doch auch in den Arbeiterfamilien konsumiert wird, von 35 auf 40 Fr. gegenübersteht, keineswegs gemildert wird. Dagegen hat man, um den Agrariern noch weiteres Entgegenkommen zu beweisen, die Pölle auf Land- und gartenwirtschaftliche Arbeitsgeräte verschiedener Art von 15, 20 bis 50 Fr. auf den Einheitsfuß von 15 Fr. herabgesetzt, andererseits aber die Pölle auf zahlreiche Industriearbeiten gegenüber den vom Ständerate festgesetzten Ansätzen weiter erhöht. Als ein heiliges Nährmehlsäckchen wurden die in weiten Volksteilen grade am meisten beanstandeten Vieh-, Fleisch- und Weingölle behandelt. Gegen das demagogische Schlagwort der Ueberzölner, der Wucherer sei ein Kompromiß aller, wandte sich schließlich noch der sozialdemokratische Abgeordnete Gschwind, indem er ausführte, daß hier nur von einem Kompromiß zwischen Industrie und Landwirtschaft geredet werden könne, d. h. natürlich nur zwischen den Unternehmern dieser beiden Hauptberufsgruppen, zu denen ja auch noch die Arbeiter und Arbeiter-Männer gehören, die mit niemand ein Kompromiß abgeschlossen haben und die zu den Leidenden, zu den durch die hohen Zölle Benachteiligten und Geschädigten gehören. Zwischen ihnen und den Gegnern der Wucherzölle bereits ihr Vorbereitungen getroffen zu einer großen Versammlung am 19. Oktober in Olten, wo die Einleitung der Referendumsbewegung zur Gewinnung der erforderlichen 30 000 Unterschriften beschlossen werden soll, um den Wuchertarif zur Volksabstimmung zu bringen. —

## Frankreich.

Der Kongress der Radikal-Sozialisten, der vom 7. bis 12. Oktober in Lyon tagte, war von 14—1500 Personen besucht. Dies waren natürlich nicht alles Delegierte; es hatten sich allein gegen 500 Journalisten eingeschrieben. Innerhalb blieben 800 bis 900 Delegierte, die von den Freimaurer-Logen und unzähligen Komitees und Lokal-Vereinigungen geschickt waren. Der Kongress nahm eine Sympathie-Resolution für die Vergleite an, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß das Parlament seinen Einfluß geltend mache, um die Regierung zu bewegen, die Wünsche der Vergleite zu befriedigen. Ferner wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen den Krieg erklärt und für die Einsetzung internationaler Schiedsgerichte eintritt. Eine Reihe Resolutionen, in welchen u. a. das Verbot des Religionsunterrichts in den Schulen, die Trennung von Staat und Kirche, die Aufhebung des Konfessions verlangt wird, fanden Annahme. —

Die Deputiertenkammer trat am Dienstag unter dem Vorsitz Bourgeois wieder zusammen. Finanzminister Rouvier legte dem gut besetzten Hause das Budget für 1903 vor. Vasily brachte einen Antrag ein betreffend die Altersversicherungen der Arbeiter und verlangte für denselben die Dringlichkeit, welche beschloffen wurde. Vaudry's Asson beantragte Versekung des Ministeriums in Anlagenzustand. Dasselbe habe durch die Schließung der kongreganistischen Schulen das Gesetz verlegt. Die vom Antragsteller verlangte Dringlichkeit wurde mit 414 gegen 53 Stimmen abgelehnt. Das Haus machte sich sodann über die Reihenfolge schlüssig, in welcher die zahlreichen vorliegenden Interpellationen erledigt werden sollen. Das Budget balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 3 575 500 000 Fr. —

Der Ministerrat beschloß die Einbringung einer Vorlage zur Reform der Kriegsgerichte nach dem Gallischen Entwurfe, ferner einer Vorlage zur Änderung des Associationsgesetzes, endlich eines Gesetzesentwurfes, durch welchen nach Abschaffung der loi Falloux neue Bedingungen für Haltung von Privatschulen festgesetzt werden.

## Belgien.

Der Kohlenarbeiter-Streit. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Brüssel ist in einzelnen Kohlenbezirken nach Verweigerung der geforderten Lohnerhöhung durch die Direktoren bereits am Montag der Streik ausgebrochen. Erst heute wird es sich übersehen lassen, ob ein allgemeiner Ausstand der belgischen Bergarbeiter zu Stande kommt. **Wütlich, 14. Oktober.** Der Preis für Hausbrandkohlen ist um 2 Fr. pro Tonne gestiegen. Da Belgien bedeutende Lieferungen nach Frankreich ausgeführt hat, wird hier ein Mangel an Industriekohle befürchtet. —

## Türkei.

Zu den macedonischen Kurden. Bei Kurova, im Distrikte Florina, Vilajet Monastir, wurde eine bulgarische Bande von türkischen Truppen aufgespürt, wobei zehn Bulgaren fielen. — Von Saloniki und andern Orten sind gestern 250 Mann türkischer Truppen nach Debeagatsch abgegangen. — Vorgestern und gestern zerstörten bulgarische Banden auf der Linie Saloniki-Konstantinopel zwischen den Stationen Porly und Demir-Hissar an neun Stellen den Telegraphendraht.

## Amerika.

### Ein Schiedsgericht?

Aus New York wird vom Dienstag gemeldet: Morgan hatte gestern Abend in Washington mit dem Präsidenten Roosevelt und dem Kriegssekretär Root eine Besprechung; später verlaute, die Eigentümer der Kohlenbergwerke seien mit Roosevelt dahin übereingekommen, eine Kommission zu ernennen, vor die alle Streitfragen zwischen den Gesellschaften und ihren Angestellten, mögen sie Unionisten oder Nichtunionisten sein, gebracht werden sollen. Die Entscheidungen der Kommission werden von den Arbeitgebern angenommen werden, welche aber die Bedingung stellen, daß die Bergarbeiter die Arbeit, sobald die Kommission gebildet ist, wieder aufnehmen und daß sie sich nicht in die Angelegenheiten der Nichtunionisten einmischen. Die Kommission wird den Zeitpunkt bestimmen, wann die Ergebnisse in Wirksamkeit treten und diese Ergebnisse sollen mindestens drei Jahre lang für die Beschäftigungsbedingungen der Gesellschaften und ihre Angestellten maßgebend sein. Die Kommission soll aus einem Ingenieur-Offizier des Landheeres oder der Marine bestehen, ferner einem sachverständigen Bergingenieur, einem Richter, einem hervorragenden Sociologen und einem Manne, welcher hinreichend vertraut ist mit der Kohlengewinnung und den Kohlenabfah. Mitchell wird wahrscheinlich zu einer Besprechung mit dem Präsidenten Roosevelt in Washington eingeladen werden; man glaubt, daß er der Aufforderung folgen wird. Mitchell hat es abgelehnt, sich über obige Erklärung zu äußern.

Der Entscheidungskampf um die Regierungsgewalt von Venezuela scheint nunmehr wirklich geläufig zu werden. Ein Telegramm aus Willemstad meldet: Am Montag früh kam es in der Nähe von

La Victoria zu einem Gefecht zwischen den Truppen Castro, die 4100 Mann mit 15 Geschützen stark waren, und den Aufständischen, die ungefähr 6000 Mann mit 22 Geschützen stark waren und von Matos, Mendoza, Peralzo und Miera befehligt waren. Das Geschützfeuer wurde in Valencia gehört. Vizepräsident Gomez ist heute früh mittels Sonderzuges mit 800 Mann und vieler Munition von Caracas zur Verstärkung Castros abgegangen. —

## Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Interpellation wegen der Preisnot hat folgenden Wortlaut:  
Die Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um der Steigerung der Preispreise, die seit geraumer Zeit eingetreten ist und in steigendem Maße eine Katastrophe für immer weitere Schichten der Bevölkerung wird, entgegenzuwirken?“

Mitglieder der freisinnigen Partei haben eine ähnliche Interpellation eingebracht.

## Partei-Nachrichten.

Zur Angelegenheit Wittich enthält die „Leipziger Volkszeitung“ heute außer der von uns schon auszusagende wiedergegebenen Erklärung Lipinski noch eine Berichtigung der Frau Wittich, die verschiedene Behauptungen in der Erklärung des Leipziger Agitationskomitees bestritt; dem folgt eine abermalige Erklärung des Agitationskomitees, das seinerseits wieder alles aufrecht erhält. Soweit darin noch Thatsachen angeführt werden, tragen sie zur Aufklärung über das Verhältnis Wittichs zur „Leipziger Volkszeitung“ nichts bei; sie beschäftigen sich nur mit Lipinski, stellen fest, daß er bei dem Druckauftrag Geld verdienen wollte und teilen unter andern die ein bedeutendes öffentliches Interesse beanspruchende Thatsache mit, daß Lipinski bei der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ — Druckschulden hat.

Am Schluß beschäftigt sich die Erklärung auch mit uns und wirft uns vor, daß wir „in schuldmeistlicher Weise“ vorzeitig gewelt hätten. Soll es Schuldmeisterei sein, wenn wir in ruhiger Weise unsere Meinung über einen recht unerfreulichen Parteizank sagen, schon: dann bleiben wir Schuldmeister und geben gern zu, daß die Leipziger Genossen — leider keine Schuldmeister sind.

Sozialdemokratische Redaktoren im Gefängnis. Am Montag ist Genosse Franz Klüh in Breslau aus dem Gefängnis zurückgekehrt, in dem er 7 1/2 Monate wegen Verleumdung durch die Presse zubringen mußte. Man gestaltete ihm im Gefängnis zwar das Tragen der eigenen Kleider und Selbstbeschäftigung, Selbstbeschäftigung jedoch wurde ihm ebenso verweigert wie jegliche Zeitungslektüre. Die Verweigerung gerade der Zeitungslektüre bedingt natürlich für den Redakteur einer Tageszeitung noch eine Erklärung seiner Erwerbstätigkeit auf längere Zeit nach der Verbüßung einer so langen Strafe, da sich in dieser Zeit viele wichtige Ereignisse abspielen, ohne deren genaue Kenntnis er nicht entsprechend arbeiten kann.

Ein interessanter Ordnungskandidat wird den Genossen in Dresden-Kenstadt bei der nächsten Reichstagswahl gegenüberstehen. Es ist nämlich von den vereinigten Ordnungsparteien, wie jetzt aus Dresden berichtet wird, für diesen Kreis, den unser Genosse August Kladen vertritt, der Landgerichts-Direktor Weder aufgestellt worden. Herr Weder hat sich als richtiger Bekämpfer der Sozialdemokratie einen Namen weit über Sachsen-Grenzen hinaus gemacht. Es ist derselbe Herr, der als Aktionär der Waldsiedler-Bräuerei Parteigenossen wegen Vorkottierung dieser Bräuerei verurteilte. Weder stellte, um Sozialdemokraten wegen Vorkotts verurteilen zu können, den Grundfuß auf, der Vorkott verlege die Gewerbe-freiheit, deren Prinzip es sei, jedem Geschäftsmann seinen Erwerb zu garantieren. Er war hervorragend beteiligt an Maßpapierergang-Prozessen und verschiedene frühere Redaktoren der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ haben ihn in gutem Andenken.

Wenn Herr Weder jetzt in Wohnungsreform macht, so ist er ja nicht der einzige, der so ein bishiges Sozialreform mit struppeliger Bekämpfung der Sozialdemokratie zu verbinden versteht und das wird ihn nicht hindern, weiter im Namen des Rechts zu handeln, wie er bisher gehandelt hat.

Die Dresdener Arbeiter werden dem Herrn, wenn er von dem larvalischen Sessel heruntersteigt, wohl kräftig dienen.

## Volksrechtliches, Gerichtliches usw.

### Unternehmensrecht und Arbeiterleben.

Wegen Verleumdung des Brauereidirektors K o n g l o w s k i in Ansbach wurde Genosse G o s l e r in Hof, Redakteur der „Ober-sächsischen Volkszeitung“, zu 150 M. Geldstrafe eventuell 30 Tagen Gefängnis verurteilt. In einem Eingelaudt war M. nachgesagt worden, daß er die Frau eines Heizers, der in der Brauerei sich eine Krankheit zugezogen, mit Grobheiten empfangen und ihr die Thür gewiesen habe, als sie ihn um eine Unterstützung für ihren kranken Mann bat. Auf Grund der Angaben dieser Frau war das Eingelaudt abgefaßt worden. Vor Gericht sagte sie aus, M. habe sie zwar „etwas angefahren“, aber das sei keine Art so, die Unterstützung habe sie erhalten. Ein anderer Brauereidirektor deponierte, M. sei nicht grob aber er sei früher Hauptmann gewesen und habe infolgedessen ein „etwas lautes Organ“. Dem Beklagten war vom Gericht die Ladung der von ihm namhaft gemachten Zeugen verweigert worden, ebenso wurde ein in der Verhandlung gestellter Verlagsantrag abgelehnt.

In derselben Sitzung hatte sich ein Baumeister zu verantworten, der zum Häuserbauern hat Sand fruglos und gewöhnliche Dumm-erde verwendet und sich in geradezu freudvoller Weise gegen die Schutzvorschriften auf Bauten vergangen hatte. Er erhielt für sechs Fälle zusammen 33 M. Geldstrafe!

Es geht daraus hervor, daß man bei uns wirklich die Ehre höher schätzt wie das Leben, besonders wenn die Ehre einem Unternehmer gehört und von einem Sozialdemokraten angetastet wird, und das Leben armen Arbeitern, und von einem Unternehmer gefährdet wird.

— Zu 50 M. Geldstrafe wurde in Dresden vom Verfassungsgericht der Genosse Kien, Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, verurteilt. Er hatte in sein Blatt den Bericht über eine Gerichtsverhandlung aufgenommen, in der ein Weinstuben-Besitzer Töpfer als Angeklagter eine Rolle spielte. Dieser Töpfer war eines Nachts mit einer Dame in der Trosthe gezeihen und dann über den Jahrespreis mit dem Aufseher in Streit geraten, in dessen Verlauf er den Aufseher mit einem schweren Stoß auf den Kopf geschlagen hatte. Dafür wurde Töpfer zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Durch den nach jeder Richtung gerichtlich als wahr erwiesenen Bericht sah sich Töpfer beleidigt und klagte gegen Kien. Das Schöffengericht sprach Kien frei, die Verfassungsammer verurteilte ihn jedoch zu der angegebenen Strafe, weil aus der Form die Absicht der Verleumdung hervorgehe. Dazu macht die „Sächsische Arbeiterzeitung“ unter andern die folgende Anmerkung: „Uns können wir uns nicht verjagen, einmal freizustellen: Dreimal ist Genosse Kien schon vor dem Schöffengericht freigesprochen und jedesmal erfolgte auf eingelegte Verurteilung von dem Landgericht die Verurteilung. Das erste Mal war es der Fall Wechselmann, das zweite Mal der Fall Klüh und diesmal der Fall Töpfer. In allen drei Fällen war der Wahrheitsbeweis gelungen, aber jedesmal war es die Form, die berühmte Form, aus der nach Ansicht des Landgerichts die Absicht der Verleumdung hervorgehen sollte. Wir fragen um alles in der Welt, was können wir für ein Interesse daran haben, einen Wechselmann oder einen Weinstuben-Besitzer Töpfer zu kränken?“

— „Ein Deutmal deutscher Ehre“ war ein Artikel des „Voll-wille“ in Hannover vor einigen Wochen überschrieben, der sich mit der Ausweisung des russischen Studenten Kalajew und seiner Ueberlieferung an die russische Polizei beschäftigte. Die betreffende Nummer wurde seiner Zeit polizeilich beschlagnahmt und ist jetzt wieder freigegeben worden.

Nähere Angaben über ein nebenher gehendes Strafverfahren oder überhaupt über die Gründe der Beschlagnahme und der Wieder-aufhebung werden nicht gemacht.

Es wäre aber in diesem wie in dem ganz ähnlichen von uns seiner Zeit behandelten und auch noch nicht aufgearbeiteten Falle eine Aufklärung dringend geboten. Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung ist nur zulässig (wegen des strafbaren Inhalts) wegen Majestätsbeleidigung, Unsitlichkeit, Aufforderung zu strafbaren Handlungen und Aufreizung verschiedener Bevölkerungs-klassen zu Gewaltthatigkeiten. Nichts deraartiges liegt vor. Es kam sich nur wie in Königsberg um ein Verleumdungsverfahren handeln und wenn auch „bei Gefahr im Verzuge“ — was hier nicht einmal angenommen werden kann —, auch die Staatsanwaltschaft eine Beschlagnahme anordnen kann, so kann doch die Staatsanwaltschaft nicht eher einschreiten, als bis sie durch einen Strafantrag auf Verfolgung der Verleumdung mit der Sache befaßt ist. Zudem tritt die Staatsanwaltschaftliche Beschlagnahme binnen 3 Tagen außer Kraft, wenn sie nicht durch den Richter bekräftigt worden ist. Ohne Strafantrag kann sich aber kein Richter mit einer gewöhnlichen Verleumdungssache amtlich be-fassen.

Sie stehen also die Dinge? Auf Grund welcher gesetzlichen Vorschriften erfolgte die Beschlagnahme? Im Interesse der Pressefreiheit bitten wir unsere Genossen in Hannover und Königsberg, Aufklärung zu fordern.

## Aus Industrie und Handel.

Keine Erweiterung des sächsischen Bergwerkesbesitzes. An die Reife des Handelsministers in das rheinisch-westfälische Bergwerks-revier hatten einige Blätter die Annahme geknüpft, es sei der Anlauf weiterer Kohlenzechen durch den Staat beabsichtigt. Demgegenüber melden jetzt die „Polit. Nachrichten“: Die Reife verfolgte keineswegs, wie mehrfach vermutet wurde, den Zweck, weitere Erwerbungen von Bergwerkeigentum in jenem Montangebiete für den Staat vorzubereiten. Bei der jetzigen gedrückten Lage des Bergbaues mag es manchem Bergwerkeigentümer wohl als sehr erwünscht erscheinen, wenn der Staat ihn seinen bergbaulichen Besitz abnimmt. Aber die Absicht einer Erweiterung des sächsischen Besitzes in jenem Bergwerkrevier besteht überhaupt nicht; denn die bisherigen Erwerbungen reichten in Verbindung mit dem übrigen sächsischen Bergbesitz, namentlich an Kohlengruben und Kohlenfeldern, vollständig für die Zwecke aus, um deren willen der Erwerb erfolgte. Ebenso wenig trifft die Annahme zu, daß der Staat dem Kohlenyndikat mit seinen westfälischen Kohlengruben beizutreten gedenke.

Dortmunder Union. In der Aufsichtsratsitzung der Dortmunder Union am Sonnabend wurde die Rohbilanz für das Geschäftsjahr 1901/02 vorgelegt. Sie ergibt einschließlich des Vorrates aus dem Vorjahre von 155 635 M. und des Eingangs aus verfallenen Dividenden-scheinen von 150 M. einen Brutto-Betriebsgewinn von 2 700 080 M. gegen 6 683 005 M. im Vorjahre. Im einzelnen ergaben der Kohlenberg-bau 701 808 M. (im Vorjahre 727 071), der Eisenbergbau 2996 M. (im Vorjahre 235 870 M.), die Hüttenwerke 1 755 441 M. (im Vor-jahr 4 224 732 M.) Von Bruttogewinn können die Generalauskosten im Betrage von 524 104 M. und die Zinsen in Höhe von 2 278 993 M. bis auf einen Nettobetrag von 97 127 M. gedeckt werden. Dem gegenüber steht der Budgetgewinn aus der am 9. Juni beschlossenen Kapitalreduktion mit 16 800 000 M.; hierzu wurden 5 457 504 M. zu Abschreibungen verwendet, 1 145 368 M. für Bezugsverpflichtungen zurückgestellt und endlich der oben erwähnte Verlust von 97 127 M. gedeckt. Danach bleiben 10 100 000 M. übrig, die auf das Konto vorbehaltenen Ab-schreibungen übertragen werden.

Das Ergebnis ist noch ungünstiger, als allgemein erwartet worden ist. Der Gewinn deckt noch nicht mal die Kosten des Betriebes, sondern bleibt noch um 97 127 M. hinter der betreffenden Summe zurück. Die Abschreibung muß deshalb gänzlich aus dem Betrag bestritten werden, der durch die beschlossene Sanierung erzielt wird. Es gehen von der Summe von 16,8 Millionen Mark demnach 5 1/2 Millionen ab, und da weitere 6 1/2 Millionen Mark als Ab-schreibung auf die verkaufte Heinrichshütte abzugehen sind, bleiben von dem ganzen durch die Sanierung gewonnenen Betrag noch nicht 5 Millionen Mark übrig.

Bereinigte Königs- und Laurahütte. Nach dem Gewinn- und Verlust-Conto beträgt der Betriebsgewinn 7 321 200 M. (i. B. 9 594 300 M.) und Gewinn an Effekten/Zinsen 23 225 M. (i. B. 24 590 M.), jedoch sich einschließlich 104 978 M. (i. B. 100 673 M.) Vortrag der Gesamtgewinn auf 7 446 414 M. (i. B. 9 691 615 M.) stellt. Dagegen erforderten: Central-Verwaltungsstellen 501 028 M. (i. B. 477 897 M.), Obligationenzinsen 350 000 M. (wie im Vorjahre), Zinsen, Discout und Provisionen 151 350 M. (i. B. 32 253 M.) und Kursdifferenzen 20 585 M. (i. B. 0). In Abschreibungen auf unsichere Forderungen wurden 18 016 M., von Immobilien und Mobilien und zwar: ordentliche 2 500 814 M., außerordentliche 500 000 M., zusammen 3 000 314 M. (i. B. 4 000 653 M.) verwendet, wonach ein Reingewinn von 3 345 108 M. (i. B. 4 830 822 M.) verbleibt. Davon entfallen als Lantime auf den Vorstand und die Gesellschaftsbeamten 162 156 M., den Aufsichtsrat 100 048 M.; die Aktionäre erhalten 10 pCt. Divi-dende = 2 700 000 M., und von dem verbleibenden Rest von 352 902 M. sollen 300 000 M. aus Anlaß des 100-jährigen Betriebs-jubiläum der Königs- und Laurahütte den zu Gunsten der Beamten und Arbeiter bestehenden Pensions- und Unterstützungsanstalten überwie-sen, 45 853 M. dem Vorstande zur Verwendung für Wohltätigkeits-anstalten und zu Wohlthaten zugeführt zur Verfügung gestellt und rest-liebe 37 049 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Englische Kohlenverfrachtungen nach Amerika. Nach Londoner Meldungen werden dort die bisherigen amerikanischen Kohlenanläufe in Südwest, Newcastle und Schottland auf 250 000, 100 000 und 50 000 Tonnen geschätzt.

## Gewerkschaftliches.

### Au die Bergarbeiter Deutschlands

erläßt der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes einen Aufruf zu Gunsten der in Amerika sowie der in Frankreich streikenden Kohlengräber. In dem Aufruf heißt es:

Wie die Kameraden wissen, befinden sich die amerikanischen Kohlengräber nun schon über fünf Monate in einem gewaltigen Kampfe mit dem vereinigten Meienkapital. In der verfloffenen Woche sind auch unsere französischen Kameraden in den Generalkon-gress eingetreten. Unseren französischen Brüder fordern: 1. Achtstundentag, 2. Minimallohn, 3. ansehnliche Invalidenpension, 4. Reform der Berginspektion, 5. Errichtung von praktischen Berg-Gewerkschaften, 6. ausländische Arbeitsverträge, 7. Verbot der willkürlichen Ent-lassungen.

Wenn die französischen Kameraden ihre gerechten Forderungen durchsetzen, so ist das auch ein Fortschritt für uns, wir können dann mit größerem Nachdruck auch für unsere Forderungen eintreten. Die Regierung wird dann unsere Forderungen nicht mehr mit dem Hin-weis auf das „zurückgebliebene Ausland“ abweisen können. Wo-kämpfen die Kameraden in Frankreich auch für die deutschen Berg-leute. Ebenso ist auch ein Sieg der amerikanischen Kohlengräber ein bedeutender Erfolg für uns, für die internationale Berg-arbeiterfrage.

Darum hat der Gesamtvorstand beschlossen, die deutschen Bergleute zunächst aufzufordern, keine Ueberschichten zu verfahren! Wir können nicht hindern, daß die deutschen Kohlenherren ihre angekauften Kohlenvorräte nun nach Frankreich hineinwerfen. Dies geschieht schon, denn in den letzten Tagen ist der Versand von Ruhrkohlen auf täglich über 17 000 Doppelwaggons gestiegen, während vor dem Ausbruch des französischen Streiks nicht ganz 16 000 pro Tag versandt sind. Diese Mehrzufuhr können wir nicht hindern, weil die betreffenden Kohlen schon längst gefördert waren, aber unsere Pflicht ist es, so lange die ausländischen Kameraden streiken, mindestens keine Ueberschichten zu verfahren! Thun wir dies nicht, so schneiden wir uns ins eigne Fleisch! Kameraden in allen Revieren, bedenk! dies und helfe nicht durch Erhöhung der Förderung dem ausländischen Grubenkapital! Sollte der Streik in Frankreich lange dauern, dann wird der Gesamtvorstand unserer Organisation zu beraten haben, was weiter zu thun ist. Wir können und wollen unsere Brüder in Frankreich, die direkt auf unsere Hilfe angewiesen sind, nicht im Stich lassen! Kameraden, wir erwarten von Euch, daß Ihr den hohen Ernst der Sachlage vollständig erfahrt! Wir stehen vielleicht vor folgenschweren Entschlüssen!

Sodann beschloß der Gesamtvorstand, einstuftigen 5000 M. an die streikenden amerikanischen Kameraden zu senden. Je nach dem der Streik in Frankreich andauert, wird die Verbandsleitung auch dorthin finanzielle Unterstützung senden. Unsere Internationalität wollen wir nicht nur in Worten, sondern auch mit Thaten beweisen, sonst hat sie keinen Zweck.

Mit Glück auf  
Der Gesamtvorstand des Bergarbeiter-Verbandes.

### Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Kohrleger fand eine Versammlung der Kupferschmiede am 12. d. M. folgenden Beschluß: Alle Kupferschmiede, die bei der Lohnbewegung der Kohrleger interessiert sind, haben sich den Beschlüssen derselben zu fügen. Die Unterstützungsfrage wird nach dem Statut geregelt.

### Deutsches Reich.

**Wahrung, Metallarbeiter, Formner und Schloffer!** Der Direktion der „Garzer Werke“, Aktiengesellschaft, Sitz in Wittenburg a. Harz, gehören die Eisengießereien in Wittenburg, Mühlendahl und Jorze im Harz. Auf diesen Werken bestehen seit langer Zeit wegen schlechtem Verdienst, schlechter Behandlung und Herabsetzung der Accordpreise enstliche Differenzen zwischen den Arbeitern und der Leitung. Die Arbeiter in Jorze versuchten zu wiederholten Malen, eine Besserung in ihrem Arbeitsverhältnis durch eine Verständigung mit der Direktion herbeizuführen. Die Direktion ließ die Wünsche der Arbeiter unberücksichtigt. Bei einem Verdienst von 1,70 Mark bis 3,50 Mark pro Tag für Formner und Schloffer sind diese gezwungen, bei schwerer Arbeit mit ihren Familien Hunger zu leiden. Die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter sind erschreckend schlecht. Die Direktion der „Garzer Werke“ weiß, daß die Arbeiter derartige Leiden nicht länger ertragen wollen. Sie interessiert in verschiedenen Orten und Zeitungen nach Formnern und Schloffern. Damit sollen zeitigen die nicht mehr ausbeutungswilligen Arbeiter ersetzt werden.

**Formner, Schloffer!** Macht alle Kollegen darauf aufmerksam, wie es in Jorze steht, damit keiner geschädigt wird.

**Gefährliches Vorgehen eines Hamburger Polizeibeamten** gegen Streikposten ist wieder einmal durch das Hamburger Schöffengericht festgesetzt worden. Dasselbe sprach hierüber einen Streikposten kostenlos frei, der durch einen Schutzmann in rechts- und gefahrlosiger Weise vom Bahnhofspolizeistation fortbewiesen worden war, aber der Aufforderung nicht Folge geleistet hatte. Das Gericht erkannte an, daß es sich um einen Willkürakt des Schutzmannes gehandelt. — Zur Charakteristik der Schutzmännchen vor Gericht sei erwähnt, daß ein Schutzmann aus sagte, ein Streikposten habe den sehr lebhaften Drohschrei beim Bahnhof gehindert. Dabei wurde ihm sofort nachgewiesen, daß an dem fraglichen Tage der Drohschrei herrschte, ein Drohschrei also überhaupt nicht stattgefunden haben konnte! In seinem Blick nahm der uniformierte Ordnungswächter seine falsche Aussage auf Vorhalt des Vorstehenden rechtzeitig zurück, sonst hätte er sich des Meineides schuldig gemacht.

Ein Polizeibeamter ist disziplinarisch bestraft worden, weil er einen Streikposten, der mit Arbeitswilligen gesprochen hatte, ohne rechtmäßigen Grund verhaftet hat.

Bei der Gewergerichts-Wahl in Schwerin, welche am 11. Oktober stattfand, kamen auf Antrag der dortigen Gewerkschaften Stimmzettel in amtlichen Umschlägen zur Verwendung. An der Wahl beteiligten sich etwa 25 Proz. der Berechtigten. Die vom Gewerkschaftsliste aufgestellten Kandidaten wurden einstimmig gewählt, da Gegenkandidaten nicht vorhanden waren.

**Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für 1903.** Das uns soeben zugehende gut ausgestattete Büchlein enthält außer Kalender und Notizbuch, sowie viele Tabellen, Notizen etc., die für die Arbeiter im allgemeinen und für die Holzarbeiter im besonderen sehr nützlich sind, auch eine kurzgefasste Geschichte der Organisation der Drechsler als Fortsetzung der in den früheren Jahrgängen gedruckten Darstellungen aus der Geschichte der Organisationen der Holzarbeiter. Der Almanach ist herausgegeben von Theodor Leipart und erscheint im Verlage des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

### Ausland.

**Die Perlmutterknopfdreher in Wien** haben ihren Meistern — auch denen in der Provinz — einen neuen Lohnarif vorgelegt, der am 20. d. M. in Kraft treten, und wenn nötig, mittels eines Streiks durchgesetzt werden soll.

**Glasarbeiter-Ausstand in Charleroi.** Einer früheren Nachricht zufolge wollten die Glasarbeiter in Charleroi, weil die Direktoren die Forderung einer Lohnherabsetzung von 15 Proz. abgelehnt hatten, am 1. Oktober in den Ausstand treten. Das ist jedoch nicht geschehen, wenigstens ist nichts derartiges bekannt geworden. Jetzt berichtet das „S. P.“ aus Charleroi: Ein Teil der Glasarbeiter hat beschlossen, in den Ausstand zu treten. Die Arbeitswilligen haben Maßregeln getroffen, damit der Betrieb keine Unterbrechung erleidet.

**In den Webereien in Roanne (Frankreich)** verlangten die Arbeitgeber, daß die Arbeiter auch am Sonnabendnachmittag für sie arbeiten. Die Arbeiter weigerten sich jedoch, worauf die Arbeitgeber beschlossen, zwei Prozent ihrer Arbeiter zu entlassen, die Arbeiter, an Zahl 12 000 Mann, erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch und verlangten Wiedereinstellung, andernfalls wollen sie in den Ausstand treten.

**Sägewerkarbeiter-Aussperrung im schwedischen Nordland.** Auf Karlsborgs Sägewerk bei Neder-Ålän wurden ca. 400 von den 500 bis 600 Arbeitern des Betriebes entlassen, weil sie sich dem Sägewerkindustrie-Arbeiterverband angeschlossen hatten. Das genannte Werk ist eins der größten in dem kürzlich gebildeten Ring der Sägewerke.

**Die Schornsteinfeger in Stockholm** haben durch Verhandlung ihrer Organisation mit den Arbeitgebern eine annehmbare Erhöhung der Löhne erzielt. In der ersten Lohnklasse wurde der Wochenlohn von 25 auf 28 Kronen, in der zweiten von 22 auf 24 Kronen erhöht.

**Der Steinhauer-Streik in Kristiania** ist noch immer nicht beendet. Die Unternehmer bestehen auf der Herabsetzung der Löhne, die Arbeiter aber sind fest entschlossen, nicht darauf einzugehen. Die Streikenden haben bisher zum größten Teil anderweit Arbeit ge-

fundet, mit dem Eintritt des Winters aber wird ihre Lage wohl etwas schwieriger werden, zumal, da sich eine Anzahl Streikbrecher auf ihren früheren Arbeitsplätzen eingefunden hat.

## Sociales.

**Das Verbot der Verarbeitung des weißen Phosphors**, zu dem sich die Reichsregierung, wie wir gestern berichteten, nun endlich entschließen will, ist bereits bei Beginn dieser Legislaturperiode des Reichstags, also vor 4 Jahren von unserer Fraktion beantragt worden. Wie so viele unserer Initiativentwürfe kam auch dieser bisher nicht zur Verhandlung, dagegen wurde die Frage bei den Debatten über das Reichsamt des Innern von unsrer Fraktionsredner eingehend erörtert, von der Regierung damals aber als noch nicht spruchreif bezeichnet. Inzwischen hatten die Fabrikanten der Zündhölzer mit weißem Phosphor, der sogenannten Schwefelhölzer, sich vereinigt und von der Regierung verlangt, daß sie, falls ein gesetzliches Verbot der Fabrikation eintreten sollte, entschädigt würden. Die Geldbeträge, die sie verlangten, waren geradezu enorm. Seitens der Regierung schien auch die Meinung vorhanden zu sein, eine Entschädigung zu gewähren, von unsrer Fraktionsredner wurde die Forderung jedoch energig bekämpft. Genau so wie jeder Unternehmer sich ohne Entschädigung gefallen lassen muß, daß sein Industriezweig durch die technische Entwicklung niederkonkurriert wird, so ist es auch das selbstverständliche Recht des Staates, Industrien zu verbieten, falls sich dies im Interesse des Gesundheitsschutzes der Arbeiter als erforderlich erweist. Eine andre Frage ist die, wie sich der Staat zu den in solchen Industrien beschäftigten Arbeitern stellt. Ihnen Gelegenheit zu bieten, ihre Arbeitskraft anderweitig zu verwerten, ist eine sociale Pflicht des Staates. Speziell in der Zündhölzer-Industrie kommen ganze Bezirke in Betracht, in denen hausindustriell die so gefährliche Fabrikation betrieben wird und, da jene Arbeiter durch ihre ganze Lebenslage an die Scholle gebunden sind, mühte durch staatliches Eingreifen für weitere Beschäftigung jener Arbeiter gesorgt werden, vielleicht durch Errichtung von Betriebswerkstätten mit Staatshilfe, in denen die ohne weißen Phosphor hergestellten Zündhölzer fabriziert werden könnten.

In unsrer gestrigen Notiz zu derselben Angelegenheit ist versehenlich ein wesentlicher Sachteil weggeblieben, der zum Verständnis des nachfolgenden mientbehrlich ist. Es muß heißen (1. Verlage, 1. Seite, 8. Spalte, 1. Absatz): Wenn angegeben wird, daß die gefährlichsten Phosphorzündhölzer in Arbeiterkreisen besonders beliebt seien, weil sie billig seien und weil man sie an jeder Reibfläche entzünden könne usw.

Mit den Kreuznacher Vorgängen beschäftigte sich der Unter-Verband der Konsumvereine für die Provinz Brandenburg in einer Versammlung am Sonntag. Der Konsumverein Brandenburg hatte den Austritt des Unterverbandes aus dem allgemeinen Verbande beantragt. Verbandsanwalt Trüger erklärte diesen Antrag für unzulässig, weil die Statuten über den Austritt des Verbandes nichts enthielten. Nach einer langen und erregten Verhandlung wurde dann beschlossen:

Der Unterverbandtag der Konsumvereine der Provinz Brandenburg erklärt den Austritt der 97 Konsumvereine ohne die Initiative der betreffenden Unterverbände für vollständig ungerichtlich.

Für unvereinbar mit den Aufgaben des Allgemeinen Verbandes muß der Unterverband ferner die offiziell proklamierte Vertretung der Interessen des Mittelstandes ansehen.

Der Unterverband kann daher die Beschlüsse des Verbandstages zu Kreuznach nicht billigen.

Der Unterverband besteht aus 28 Vereinen; vertreten waren 22 Vereine. Davon stimmten für den ersten Absatz 16, für den zweiten 12, für den dritten 15 Vereine.

Ferner wurde noch der Antrag gestellt, auf einem demnächst einzuberufenden außerordentlichen Verbandstag die Auflösung des Unterverbandes zu beschließen.

### Aus einem Schwesternheim.

Die evangelischen „Schwesternheime“, die nichts anderes sind als gewerbliche Institute zum Zwecke der Krankenpflege, beschäftigen jetzt öfter die Gemeinderäte. Am Dienstag erschienen wieder einmal zwei „Schwestern“ im bekannten Kollin'schen Krankenspitalsgerichte vor der Kammer II des Berliner Obergerichts. Sie hatten ihre bisherige „Prinzipalin“, die Oberin des „Schwesternheims Charlottenhaus“, dorthin citiert und beanspruchten die sofortige Lösung ihres Vertragsverhältnisses und eine entsprechende Entschädigung. Sie behaupteten, die Nahrung sei unzureichend gewesen. Um nicht zu hungern, hätten sie sich Nahrungsmittel kaufen müssen. Auch habe die Oberin, Frankeins Aufsicht, sie bestraft, sie z. B. „Vöbel“ und „schlechte Frauenzimmer“ genannt. Ferner habe die Oberin an einem Tage die Entree für verfallen erklärt, so daß sie nicht weggehen konnten. Die eine Mägdlein will dadurch gezwungen gewesen sein, den Abend zu hungern.

Die Oberin stellte die Sache anders dar. Sie bestritt die schlechte Behandlung und meinte, die eine Mägdlein, Schwester Anna, habe wenig leisten können und sei widerspenstig gewesen. Von dieser sei sie auch „verlorenes Frauenzimmer“ genannt worden.

Schwester Anna gab zu, daß sie zur Oberin gesagt habe, sie wisse nicht, was sie von ihr denken solle, ob sie angetrunken sei. Möglicherweise habe sie auch angeoffen gesagt. Die Oberin hätte sie jedoch vorher fürwärtig gereizt gehabt. — Das Dienstmädchen der Oberin, das als Jungin gehört wurde, hielt das Essen für reichlich und geniesbar, ebenso eine andre Schwester, die noch bei der Beklagten ist. Diese Jungin fügte jedoch hinzu, daß eine Schwester anpruchlos und beiseiden sein müsse. Es wurde festgestellt, daß an einem Tage das Mittagessen aus einer Haferschuppe, Wellkartoffeln mit Grieben und Pflaumen bestand. Die Grieben sollen nach den Behauptungen der Mägdlein verbrannt und ungenießbar gewesen sein.

Schließlich handelte es sich noch darum, wer die andre zuerst „angefakt“ habe. Eine genaue Feststellung, wer in diesem Heim christlicher Charitas auf den andren ein handgreifliches Attentat verübt, und ob die Mägdlein in der Notwehr war, als sie sich durch einen fräntigen Schuß die Thür freimachte, erübrigte sich, denn die Parteien schloßen auf Zureden einen Vergleich. Sie lösten das Vertragsverhältnis und die Beklagte verpflichtete sich, jeder Mägdlein das volle Oktobergehalt, je 25 Mark, auszuzahlen.

**Abschaffung der Nachtarbeit der Bäcker in Holland.** Vertreter des Niederländischen Bäcker-Gesellen-Verbandes sowie der katholischen und christlichen Organisationen der Bäcker-Gesellen hatten am 8. Oktober eine Audienz bei dem Minister des Innern, um ihm die Notwendigkeit der Abschaffung der Nachtarbeit der Bäcker, wodurch erst die Einführung der Sonntagsruhe möglich werde, vor Augen zu führen. Der Minister erklärte, daß wahrscheinlich noch in dieser Legislaturperiode dem Parlament ein Begehren vorzulegen, der diesen Wünschen entsprechen, vorgelegt werde. Der Entwurf sei bereits in Vorbereitung.

## Versammlungen.

**Protest der Textilarbeiter gegen den Zolltarifentwurf.**

Welche Wirkungen wird der neue Zolltarif für die Textilindustrie haben? Ueber dieses Thema sprach am Montag Reichstags-Abgeordneter August Vaudert in einer öffentlichen Textilarbeiter-Versammlung in den Andreas-Jesuiten. In seinen von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen weist der Redner nach, mit welcher Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit sowohl die Regierung bei Aufstellung des Entwurfs als auch die Mehrheit der Zolltarif-Kommission bei der Beratung der einzelnen Positionen vorgegangen ist, wie man die Wünsche auf Zollschutz auch bei der kleinsten Unternehmergruppe berücksichtigte und damit der ganzen Textilindustrie, die sich schon lange in einer permanenten Krise befindet, und den jetzt schon aufs äußerste ausgebeuteten Arbeitern unermesslichen Schaden zufügt. Das Wort Schutzoll, führt der Redner aus, sei hier nur eine Phrase, die dazu dienen soll, dem Volke Geld aus der Tasche zu ziehen. Die Arbeiter der Textilindustrie aber sollten mehr als bisher zusammenhalten und sich ihrer Organisation anschließen, um einer weiteren Verschlechterung ihrer Lebenslage entgegenzuwirken. Auch dieser Zolltarif werde dazu beitragen, den Textilarbeitern die Augen zu öffnen. Zum Schluß wies der Redner auf den Streik in Werane hin und forderte zu solidarischem Verhalten auf. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Textilarbeiter und Arbeiterinnen erklären: In Erwägung, daß die Textilindustrie hauptsächlich auf den Export angewiesen ist, daß sie ferner ohne Bezug verschiedener Halbfabrikate vom Ausland nicht lebensfähig sein kann, eine Erhöhung der Zollsätze durch die deutsche Regierung naturgemäß zu Repressalien seitens des Auslandes führen muß, und infolgedessen die materielle, geistige und politische Lebenslage der Textilarbeiter noch erbärmlicher sich gestalten wird, ist die Zollvorlage der deutschen Regierung entschieden zu verurteilen und mit aller Kraft zu bekämpfen. Als notwendiges Mittel gilt für die Versammelten der Anschluß an die Organisation der Textilarbeiter. Die Versammelten erklären sich mit den ausständigen Textilarbeitern in Werane solidarisch.“

**Die Bäckerei-Arbeiter** hielten am Dienstag bei Keller, Koppentstraße, eine öffentliche Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter E. Wurm referierte. Der Referent schilderte die skandalösen Zustände in Bäckereigewerbe, die schon seit langen Jahren, namentlich durch die Schriften des Genossen Vebel allgemein bekannt geworden sind und kritisierte, daß eigentlich fast nichts geschehen ist, um die Ausbeutung der Bäckerei-Arbeiter und die bekannnten schmerzlichen Schweißereien zu beseitigen. Allerdings sei die Bundesrats-Verordnung erlassen, aber infolge der völlig ungenügenden und laien Kontrolle, da viel zu wenig und mit den Betriebsverhältnissen vertraute Aufsichtsbeamte vorhanden sind, werden die Bestimmungen der Verordnung auch heute im allgemeinen noch gar nicht beachtet. Von der seit langen und wiederholt im Auslaß gestellten Nachdruck-Verordnung, durch welche die schmerzlichen Schweißereien, wie sie unzweifelhaft amtlich und gerichtlich festgestellt sind, beseitigt werden sollten, hört man nun gar nichts mehr und es scheint, daß die verschiedenen Entwürfe bei dem Ministerwechsel verschwunden sind. Der Redner beklagte eine große Anzahl von geradezu schauerhaften, in den Bäckereibetrieben vorherrschenden Mißständen, unter denen nicht nur die Bäckereiarbeiter besonders gesundheitlich überaus zu leiden haben, sondern die auch dazu angethan sind, jedem Menschen das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, gänzlich zu verzeihen. Und es sei geradezu wunderbar, daß nicht auch die Angehörigen der herrschenden Klassen, die doch auch Brot essen, schon längst gegen diese Schweißereien vorgegangen sind. Den durch lebhafteste Zustimmungslundgebungen oft unterbrochenen Ausführungen des Referenten folgte eine längere Diskussion, in der von allen Rednern die verschiedenartigen Mißstände einer herben Kritik unterzogen und so wie vom Referenten zum festen Zusammenschluß in der Organisation aufgefordert wurde, um durch dieselbe endlich menschenwürdige Zustände herbeizuführen. Einstimmig wurde sodann folgende Resolution beschlossen:

Die Versammlung beklagt lebhaft, daß die Regierungen die schon vor mehr als drei Jahren in Aussicht gestellte Verordnung über die innere Einrichtung und den Betrieb der Bäckereien bis heute noch nicht erlassen haben. Die Versammlung erklärt, daß die Zustände in dem weitans größten Teile der Bäckereien Berlin und Umgegend derartige sind, daß energische Abstellungs-Maßregeln im Interesse des Publikums sowohl, als auch im Interesse der Bäckerei-Arbeiter liegen und fordert deshalb die Regierung nachdrücklich auf, endlich das vom Grafen Posadowsky am 12. Juni 1899 gegebene Versprechen einzulösen. Die Versammelten erklären es auch für Ueberpflicht jedes Bäckergesellen, sich Mann für Mann dem Deutschen Bäckerverbande anzuschließen, der stets mermüßlich befreit ist, für die Beseitigung der sanitätswidrigen Zustände in den Bäckereien Sorge zu tragen.

**Gravere und Kiseure.** In der Versammlung am 7. d. M. verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Centralvorstandes, in welchem die Fikale um Stellungnahme zum Uebertritt von Kollegen aus andern Verbänden ersucht wird. Ein hierzu aus der Versammlung gestellter Antrag, solche Kollegen mit Anrechnung ihrer gezahlten Beiträge aufzunehmen, wurde einstimmig angenommen.

**Der Bauhandwerker des Kreises Muppig-Templin** zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 16. d. M., abends 6½ Uhr, im Lokal von Diele, Alster 123, eine Versammlung stattfindet, in welcher Genosse Riesel über das Thema: Welche Aufgaben haben die Bauhandwerker obengenannten Kreises bei den kommenden Reichstagswahlen zu erfüllen? referieren wird.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Berlin, 14. Oktober. (W. T. V.)** Zum Oberpräsidenten in Hannover wurde Regierungspräsident Wengel in Wiesbaden, zum Oberpräsidenten in Westpreußen Oberbürgermeister Deßkötter in Danzig und zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden Oberpräsidentat Hengstenberg in Breslau ernannt.

### Französische Deputiertenkammer.

**Paris, 14. Oktober.** Auf Antrag des Ministerpräsidenten Combes beschließt das Haus, sämtliche Interpellationen über die Schließung der Kongregatenschulen zu verbinden und beginnt hierüber sofort die Beratung. Reynard tadelt die Schließung der Schulen; daß sei der erste Schritt zur vollständigen Unterdrückung der Freiheit des religiösen Unterrichts. (Rufe auf der äußersten Rechten.) Redner legt des näheren dar, daß seiner Ansicht nach die Schließung der Schulen gegenwärtig und gegen die Freiheit gerichtet sei. De Mun sagt, die Bevölkerung der Bretagne habe nicht allein aus Rechtsgefühl, sondern noch vielmehr aus einem Gefühl der Aufsehung gegen einen solchen Angriff auf ihre Freiheit Widerstand geleistet. Er protestiert gegen die Behauptung, daß diese Bewegung einen royalistischen Charakter gehabt habe. Redner beschwert sich schließlich über die Verwendung des Militärs. Morgen findet Fortsetzung der Beratung statt.

**Charleroi, 14. Oktober. (W. T. V.)** Die Kohlengruben-Arbeiter traten heute Abend zu einer Beratung zusammen. In einer Zusammenkunft mit dem Direktor der Gruben wurde eine Lohnherabsetzung verlangt. Da diese verweigert wurde, so erklärten die Arbeiter, sie würden die Arbeit morgen nicht wieder aufnehmen. In Gilly wird der Ausstand brimane allgemein sein.

### Ueber den pensylvanischen Kohlenarbeiter-Streik

meldet die „Frankf. Zeitung“ aus New York unterm 14. Oktober: Die Grubenbesitzer haben die Ernennung einer Kommission durch den Präsidenten Roosevelt gebilligt. Dieser Kommission sollen alle zwischen den Gesellschaften und den Angestellten schwebenden Differenzen unterbreitet und die Entscheidung der Kommission soll von den Beidenparteien acceptiert werden. Die Streiker werden zweifellos die Rünser-Kommission acceptieren, da sie einen ähnlichen Vorschlag bereits selbst gemacht hatten und sie volles Vertrauen auf Roosevelt setzen.

**Aus Wiltsharre** wird vom Dienstag, 14. Oktober, telegraphiert: Eine große Anzahl Ausständiger bekräftigen die Ablehnung der Vorschläge der Präsidenten der Kohlengesellschaften; einige sprechen sich für die Annahme aus. Die Angelegenheit wird voraussichtlich der Entscheidung Mittels anheimgegeben werden.

**Hang, 14. Oktober. (W. T. V.)** Das Schiedsgericht über die Streitfrage zwischen Kalifornien und Mexiko bezüglich der geistlichen Güter verurteilte Mexiko einstimmig zur Zahlung von 1420 000 Dollar in Geld, welches in Mexiko Kurs hat. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

108. Sitzung. Dienstag, den 14. Oktober 1902, 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kommissare.

Präsident Graf Valfestrem

eröffnet die Sitzung und fügt folgende Worte hinzu: Ich erlaube mir nach der längeren Pause bei Beginn des neuen Sessionsabschnittes die Herren Kollegen auf das herzlichste zu begrüßen. (Bravo!)

Zu Ehren des am 2. d. M. verstorbenen Abgeordneten Kaufmann (Dammann-Viegnitz, fr. Vp.), erheben sich die Mitglieder des Hauses von den Plätzen.

Präsident Graf Valfestrem: Se. Majestät der König Georg von Sachsen haben mich beauftragt, dem Reichstage seinen herzlichsten Dank auszusprechen für die Trauerumgebung, die ich in Dresden im Namen des Reichstages anlässlich des Hinsinganges des Königs Albert von Sachsen, des letzten der großen Herrscher aus der großen Zeit, Ausdruck verliehen habe. Diesen allerhöchsten Auftrag, der mir in einer besonderen Audienz erteilt worden ist, erfülle ich hiermit.

Am Sarge des verstorbenen hochverehrten früheren Präsidenten des Reichstages, des Staatsministers und Oberpräsidenten v. Gieseler ist ein Gedenkgedicht des Reichstages niedergelegt worden.

Der französische Botschafter hat in einem Besuche bei dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn v. Richthofen, den Dank der französischen Republik für die Worte zum Ausdruck gebracht, die von dieser Seite aus Anlaß der Katastrophe auf der Insel Martinique ausgesprochen sind. Der Botschafter hat dem Staatssekretär gedankt für die so sympathische Stimmung der Teilnahme, für die das französische Volk sehr empfänglich sei.

Der Präsident teilt weiter mit, daß während der Vertagung des Reichstages in 84 Fällen Mitglieder in die Justiz-Kommission einresp. aus ihr ausgetreten sind.

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Eine Reihe von Petitionen des Bundes Deutscher Frauenvereine, des Vereins Frauenwohl in Berlin u. a. verlangen:

1. Schaffung eines der heutigen Zeit entsprechenden einheitlichen deutschen Vereins- und Versammlungsrechts.

2. Daß den deutschen Frauen in diesem Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht die gleichen Rechte wie den Männern gewährt werden mögen.

Die Kommission (Berichtersteller Dr. Müller-Reinigen) beantragt, die Petition ad 1 dem Reichskanzler zur Verächtlichmachung zu überweisen.

ad 2 nur insoweit zur Verächtlichmachung zu überweisen, als den Frauen die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen gestattet werden solle, in welchen ihre Berufsinteressen zur Verhandlung gelangen, im übrigen über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. Erüger (fr. Vp.) beantragt, die Petition in ihrem ganzen Umfange dem Reichskanzler zur Verächtlichmachung zu überweisen.

Abg. Vassermann (natl.):

Der Reichstag hat alle Veranlassung, jede sich ihm bietende Gelegenheit zu benutzen, um die reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts zu fordern. Daher können wir dem Antrage der Kommission, die erste Forderung der Petitionen dem Reichskanzler zur Verächtlichmachung zu überweisen, nur zustimmen. Ebenso werden wir für den Antrag Dr. Erügers stimmen. Besonders in Preußen ist das Vereinsrecht für die Frauen fast gar nicht vorhanden trotz der neuesten Auslegung durch Herrn v. Hammerstein. Ich erinnere nur an den Vorgang bei der letzten Tagung der Gesellschaft für Socialreform in Köln, wo der Vortrag von Fräulein Simon verboten und der Dame nur gestattet wurde, in dem berühmten Segment an der Versammlung teilzunehmen. Derartige Maßregeln dienen nicht dazu, die Staatsautorität zu erhöhen. (Sehr richtig!)

Abg. Trimbom (S.):

Auch wir halten ein Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht für durchaus zeitgemäß und dringend erforderlich. Durch die Vielgestaltigkeit dieses Rechts, wie sie heute besteht, wird der Reichsgedanke gründlich verletzt. Nicht nur einheitlich, sondern vor allem freiheitlich muß unser Vereins- und Versammlungsrecht sein. Heute ist das Koalitionsrecht in den meisten norddeutschen Staaten stark unterbunden.

In Wahl-Vollbringen sind heute die Gewerkschaften der polizeilichen Willkür vollständig preisgegeben. In Sachsen kann jeder Polizeibeamter ohne weiteres jedem Redner einer Versammlung das Wort entziehen. Die Judikatur in Sachen des Vereins- und Versammlungsrechtes wird heute vielfach dazu benutzt, um mißliebige Arbeitervereine und Gewerkschaften zu stillen.

Das gilt nicht nur von den socialdemokratischen, sondern auch von den christlichen Gewerkschaften. Daß die Arbeiter, wenn es sich um die Wahrung eines so wichtigen Rechtes handelt, empfindlich sind, wird man ihnen wahrlich nicht verdenken können.

Was die zweite Forderung der Petitionen anlangt, so wollen meine politischen Freunde nicht die aktive Teilnahme der Frauen an der eigentlichen Politik. Sie wollen nicht das politische Wahlrecht der Frauen. Die Frauen sollen den politischen Vereinen fernbleiben. Dagegen wollen wir, daß die Frauen absolut ungebunden sind in den Vereinen und Versammlungen und bei den Bestrebungen, welche der Förderung ihrer Berufsinteressen dienen. Der Begriff der Berufsinteressen muß dabei möglichst weit im Sinne interpretiert werden; alle sozialen Interessen der einzelnen Personen und der Allgemeinheit müssen darunter fallen. § 132 der Gewerbe-Ordnung muß nach dieser Richtung hin erweitert werden. Wir wünschen eine gründliche Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes. Es ist wirklich kein würdiger Zustand, daß in Deutschland, wo so ungeheure Arbeitermassen organisiert sind, das Koalitionsrecht in keiner Weise entsprechend den Bedürfnissen eines modernen Staates geregelt ist. Ein neues modernes Vereins- und Versammlungsrecht ist das notwendige Erfordernis, um die laienliche Verfassung von 1850 ihrer Erfüllung näher zu bringen. Möge die Reichsregierung sich wieder allmählich auf die Höhe der Februar-Erlasse erheben. (Beifall im Centrum.)

Abg. Rißert (fr. Vg.) (sehr scharf verständlich):

Herr Trimbom verlangt ein freiheitliches Vereinsrecht. Dabei will er aber die Hälfte aller Staatsbürger, die Frauen, von den politischen Versammlungen ausschließen. Das nennt der Herr freiheitlich. (Sehr gut! links.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Vp.):

Ueber die Handhabung der Vereinsgesetze in Schwarzburg-Sondershausen, Weimar-Eisenach und im Königreich Sachsen könnte man eine fortlaufende Satire schreiben, und dabei hat Sachsen noch ein verhältnismäßig liberales Vereins- und Versammlungsrecht. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Sowohl bezüglich der Frauen ist das sächsische Recht liberaler als das preussische und bayrische. Es muß auf das schärfste kritisiert werden, daß man jetzt noch eine Bestimmung des absolutistischen Regiments, nämlich den § 10 des Allgemeinen Landrechts anwendet. Dieser § 10 dient in der Praxis als Maßstab für alles. Man hat mit diesen Kaufschwurparagraphen Theaterstücke verboten, Biensprüche entfernt, Schornsteine gereinigt und Prostituirte vorgeschickt. (Große Heiterkeit.) Dazu kommt die absolut willkürliche Auslegung des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes durch den preussischen Minister des Innern. Der preussische Minister hält es für angebracht, daß in gewissen, besonders geeigneten Fällen die Polizei gegenüber

den Versammlungen ein Auge zudrücken könne; mit andern Worten, die Polizei soll gegen den Bund der Landwirte anders vorgehen als gegen die Socialdemokratie. Beim Bund der Landwirte weiß man nichts von der Vermischung- und Segmentstheorie. Wegen die socialdemokratischen Gewerkschaften geht man aber in der allerhöchsten Form vor. Der Vorschlag der Petitionskommission ist für mich völlig unannehmbar. Die Frau soll nur ihre speziellen Berufsinteressen vertreten können, nicht aber in edler Weise die Interessen der Allgemeinheit. Bei einem Vortrage des Professors Ruzo Brentano über den Industriestaat mußten die Frauen den Saal verlassen. Will Herr Trimbom solche Fragen in die beruflichen Interessen mit einbegreifen?

Der Vorschlag der Kommission bedeutet ferner einen direkten Rückschritt für nicht weniger als 16 deutsche Bundesstaaten z. B. auch für Sachsen. (Hört! hört!) In Preußen ist man jetzt schon so weit gegangen, daß man selbst gesellschaftliche Vereinigungen mit dem Vermischungsverbot belegt. Das Wort des Herrn v. Hammerstein: Wir stehen auf demselben Standpunkte wie vor 50 Jahren! sollte mit goldenen Lettern über seinem Ministerium angeheftet werden. In der That ist die Gesetzgebung in Bezug auf Vereins- und Versammlungsrecht für Frauen um mindestens 50 Jahre zurückgefallen. Ich bitte Sie dringend, den Antrag Erügers anzunehmen. (Bravo! links.)

Abg. Vebel (Soe.):

Ich bedauere, daß noch kein Redner der Rechten das Wort genommen hat, es wäre doch interessant, auch die Stellung jener Herren kennen zu lernen. Die Parteien, die bis jetzt zum Worte gekommen sind, haben ja einen solchen Eifer an den Tag gelegt, daß man glauben könnte, es sei gar nicht so schwer, hier im Reichstage ein gutes einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht zu schaffen. Früher war von diesem Eifer wenig zu merken, und ich hoffe, daß nicht etwa nur der Umstand, daß im nächsten Frühjahr die Wahlen bevorstehen, auf die Herren einen gewissen Einfluß ausgeübt hat. Es ist der Vergleich mit der Preussengesetzgebung gezogen worden. Bei dieser konnte aber aus dem Grunde viel leichter ein einheitliches Recht geschaffen werden als an ihr auch die bürgerlichen Parteien bis zur äußersten Nothdurft interessiert sind. Beim Vereins- und Versammlungsrecht hat man weniger Eile, denn wie reaktionär auch diese Gesetze sein mögen, die bürgerlichen Parteien haben an wenigsten darunter zu leiden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr v. Wegisch, der sächsische Minister des Innern hat es ja direkt ausgesprochen: Das Vereins- und Versammlungsrecht müsse gegen Socialdemokraten ganz anders gehandhabt werden, wie gegen Mitglieder anderer Parteien. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Nur in zwei Punkten ist bis jetzt das Vereins- und Versammlungsrecht einheitlich geregelt. Einmal durch jene Bestimmung des Wahlgesetzes, daß nach Ausschreibung der Wahlen keine Versammlungen verboten werden dürfen und dann durch Aufhebung des Verbindungsverbotes unter dem höchsten Hoheitsbuche. Im übrigen herrscht die bunteste Mannigfaltigkeit. In Mecklenburg giebt es überhaupt kein Vereins- und Versammlungsrecht. Wenn wenigstens auch nur die Möglichkeit vorhanden wäre, wo ein vergleichsweise freies Vereins- und Versammlungsrecht besteht und im ganzen loyal gehandhabt wird wie z. B. in Bismarck, Hessen und Baden, irgend einen Mißbrauch dieses Rechtes nachzuweisen! Aber man wird kein einziges Beispiel dafür anführen können. Herr Trimbom hat ja mit ganz besonderem Nachdruck betont, seine Partei verlange auch ein freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht. Wie er das selbe in Bezug auf die Frauen eingeschränkt hat, darauf konnte ich noch zurück. Aber ich möchte dem Abg. Trimbom doch gleich jetzt bemerken, daß man man in den Einzelstaaten, wo seine Partei oft Gelegenheit zu Reformen im Vereins- und Versammlungsrecht gehabt hat, von einem solchen Eifer, wie er ihn heute an den Tag gelegt hat, nichts gemerkt hat. In Bayern hat das Centrum, das dort ausschlaggebend ist, die socialdemokratischen Anträge zur Reformierung des Vereinsrechtes energisch bekämpft. In der Münchener Hornbroch-Versammlung, in der es zu den bestimmten Tummeln kam und in der man sich schließlich Rechtstreue an den Kopf warf, sollen nach bisher unwillkürlichen Berichten die Parteigenossen des Abg. Trimbom in besonderem Maße an diesen Ausfahrungen beteiligt gewesen sein. Es spricht auch nicht gerade für einen besonderen Eifer für eine Verbesserung des Vereinsrechtes, wenn außer von den Polizeibehörden auch von der Centrumpartei alles ausgetrieben wird, um uns Socialdemokraten die Säule für unsere Versammlungen abzutreiben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das gut namentlich auch von der Heimat des Abg. Trimbom. Meinen Parteigenossen in Köln ist es bis heute nicht möglich gewesen, einen großen Saal in oder um Köln aufzutreiben, weil der Einfluß der Centrumpartei weit genug reicht, um das zu verhindern.

Diese Zustände können in keiner Weise als ehrenvoll für Deutschland angesehen werden. Wie kann man, während auf der einen Seite dem Volke das allgemeine Wahlrecht gewährt wird, ihm auf der andern Seite das Vereins- und Versammlungsrecht beschneiden wollen? Beide Rechte gehören absolut zu einander. Die Ausübung des Wahlrechtes ist undenkbar ohne absolutes Vereins- und Versammlungsrecht. Ich habe ja in meiner Jahrzehnte langen Erfahrung eine Fülle von Verböten und Ausweisungen solcher Versammlungen erlebt, in denen ich gesprochen habe oder sprechen wollte. Dabei hat es mich immer um allermeisten entsetzt, daß ich mir sagen mußte: Es ist doch einfach ein Skandal, daß der erste beste, ganz und gar ungebildete Polizeibeamte, Polizeiwachtmeister, der sich in Bezug auf Wissen und Können nicht im untersten mit dem Redner der Versammlung messen kann, die Macht hat, 5 bis 6000 Menschen auf sein bloßes Machtwort wie Schulbuben nach Hause schicken kann. (Wohlfühlte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Er braucht nur zu sagen, das paßt mir nicht, das gefällt mir nicht, macht, daß ihr nach Hause kommt! Wir haben in einer Vorhülle alle während der letzten drei Jahre erfolgten Verböte und Ausweisungen von Versammlungen innerhalb des Königreichs Sachsen samt den dazu gehörigen Motivierungen zusammengestellt. Es kommen dabei die ungeheuerlichsten Begründungen vor. Zwei Versammlungsauflosungen, über die die „Leipziger Volkszeitung“ vom 10. Oktober berichtet hat, beweisen, daß noch heute in Sachsen dies System in Wäule steht.

In einer Versammlung zu Annaberg in Sachsen verlangte der überwachende Polizeibeamte, da der Saal überfüllt war und einige Besucher im anstehenden Lokal stehen mußten, daß die Verbindungs Thür sofort geschlossen werde, widrigenfalls er die Versammlung auflösen werde. Darauf wurde die Thür zugemacht. Als dann im Laufe des Vortrages noch ein Teilnehmer durch diese Thür in den Saal eintrat, erklärte der Polizeibeamte die Versammlung sofort für aufgelöst. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Und nun tueren die Hunderte von Zuhörern einfach aus dem Saal hinausgedrückt. Das ist doch ein unerhörter Zustand, und die Dummheit mancher Beamten muß die höchste Erbitterung gegen die gesamten Staatsbehörden herbeiführen. Eine zweite Versammlung in einem Orte Sachsens wurde von dem Gendarmen mit der Motivierung aufgelöst, daß der Einbrucher der Versammlung in seiner neuen Wohnung zwar angemeldet sei, aber dort noch nicht gefahren habe. (Lachen und Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Aber in dessen Fall wird den Beamten nach so und so viel Wochen oder Monaten eine Restifizierung zu teil. Mit diesen Restifizierungen wird recht vorzüglich umgegangen, um die Beamten in ihrem Vorgehen nicht einzuschüchtern. Eine andre Versammlung wurde aufgelöst, weil der Beamte erklärte, es friere ihn an den Füßen, das könne er auf die Dauer nicht aushalten. (Große Heiterkeit und Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Es ist doch charakteristisch, daß während wir seit Jahrzehnten auf die Verwirklichung der Bestimmungen der Reichsverfassung über das Vereinsrecht warten, die Einzelstaaten gar nicht an die Erfüllung ihrer selbstverständlichen Pflicht, auf die reichsgesetzliche Re-

gelung dieser Frage zu bringen, denken. Man sollte es doch für selbstverständlich halten, daß die einzelstaatlichen Vertreter im Bundesrat instruiert werden, damit dieser auf eine reichsgesetzliche Regelung dringt. Statt dessen haben Preußen, Bayern, Sachsen und verschiedene thüringische Staaten erst kürzlich neue landesgesetzliche Änderungen des Vereinsgesetzes vorgenommen. Die thüringischen Staaten hatten bis 1878 überhaupt kein Vereins- und Versammlungsrecht, sondern volle Freiheit auf diesem Gebiete. Mit dem Socialistengesetz aber glaubten sie auch noch ein Vereins- und Versammlungsrecht schaffen zu müssen. Erst ganz kürzlich hat sich Schwarzburg-Sondershausen ein besonderes Vereinsgesetz gegeben, in dem einzelne Bestimmungen fast wörtlich mit den Vorschriften des Socialistengesetzes übereinstimmen, so besonders die Bestimmungen, wonach Versammlungen von der Ortspolizei verboten werden können, wenn durch sie eine Gefährdung der Sicherheit, Ordnung oder Sittlichkeit zu befürchten ist. Und was wird alles unter diesen so bedenklichen Begriffen verstanden? In Schwarzburg-Altenburg wurde einem Redner ein für allemal das Abhalten von Versammlungen in einem bestimmten Landratsamt verboten, weil er in einer früheren Versammlung angeblich aufreizend gesprochen haben sollte. (Hört! hört! links.) In Sachsen-Weimar-Eisenach hat der frühere Bezirksdirektor Dr. Enden-Abdenhausen, der, wenn ich nicht irre, seit einiger Zeit in das Reichsamt des Innern berufen worden ist, ein für allemal alle von Socialdemokraten ausgehenden Versammlungen verboten und zwar ohne Motivierung. Das nennt man in Deutschland Vereins- und Versammlungsrecht! Der Bürgermeister von Jena verbot meinem Parteigenossen Klob-Stutgart, in einer Versammlung der Holzarbeiter zu sprechen, weil er für seine aufreizende Sprechweise hinlänglich bekannt sei. Dasselbe geschah in Eisenach gegenüber meinem Parteigenossen und Kollegen Hörner, weil von ihm eine andre als verheerende Behandlung eines Themas nicht zu erwarten sei. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Auch die Bestimmungen, wonach die Mitgliederlisten der politischen Vereine regelmäßig bei den Polizeibehörden einzureichen sind, werden in der allergeringsten Weise mißbraucht. Unsere Parteigenossen haben vielfach die Erfahrung gemacht, daß ihre Arbeitgeber von ihrer Zugehörigkeit zu socialdemokratischen Vereinen oder Gewerkschaften unterrichtet wurden und daß sie dann daraufhin entlassen wurden. In Fürstentum Gotha wurden eine Anzahl von Mitgliedern der socialdemokratischen Partei ganz plötzlich aus dem Kriegerverein ausgeschlossen, nachdem die dortige Polizei unter Mißbrauch ihrer Rechte dem Kriegerverein Kenntnis gegeben hatte von der Mitgliederliste des socialdemokratischen Vereins. Die Polizei nahm dabei für sich das Recht in Anspruch, die Liste des socialdemokratischen Vereins mit der des Militärvereins zu vergleichen und dann die Socialdemokraten dem Kriegerverein zu denunzieren. (Hört! hört!) In einem ganz ähnlichen Falle erklärte ein Landrat es für das Recht der einzelnen Polizeibeamten, für ihren Privatgebrauch solche Vereinslisten anzufertigen und sie den Kriegervereinen zur Durchsicht zu überlassen. In einem dritten Falle, der in Sachsen passierte, wurde die socialdemokratische Liste abgeschrieben, vervielfältigt und in der Stadt verbreitet, merk-würdigerweise, ohne daß es gelungen ist, den Betroffenen ausfindig zu machen. In Preußen nimmt die Polizei sich sogar das Recht heraus, Versammlungen am Sonntag während des Gottesdienstes zu verbieten. Es liegt zwar eine Kammergerichts-Entscheidung vor, wonach die Polizei für ein solches Verbot nicht die geringste gesetzliche Handhabe hat, trotzdem kommen aber noch solche Verfügungen vor.

Es ist demnach klar, daß der heutige Zustand absolut unhaltbar ist. Herr Trimbom sprach von dem Urrecht der Germanen auf ein freies Versammlungsrecht. Freilich, die alten Deutschen hatten dieses Recht im vollsten Maße. Bei ihnen war jeder wehrfähige Mann sogar bei Strafe gezwungen, zu Versammlungen zu erscheinen, heute möchte man am liebsten eine Strafe darauf legen, daß jemand in eine Versammlung geht. Unsere Altvordern hatten auch das Recht, die Pflicht, vom 18. Jahre an Waffen zu tragen; wenn wir dies Recht heute verlangen würden, würde man darin eine große Gefahr für den Staat erblicken.

Der Herr Reichskanzler hat in im März dieses Jahres gegenüber einer Deputation von 35 Frauen erklärt, er selbst sei durchaus bereit, auf eine Änderung des Vereins- und Versammlungsrechtes für die Frauen hinzuwirken. Nun, wenn der Reichskanzler will, dann kann er auch. Er sollte nur seinen Einfluß geltend machen zunächst als preussischer Ministerpräsident gegenüber seinem Kollegen Herrn v. Hammerstein. — Der Antrag der Kommission ist ja schon mehrfach als nicht weitergehend genug bezeichnet worden. Nur Herr Trimbom will nichts davon wissen, daß die Frauen agitatorisch tätig sind. Sein leider verstorbener Kollege Windthorst hat aber auf einem Katholikentag sehr energisch betont, daß die Frauen die besten Agitatoren für die katholische Kirche sein müßten und bei Wahlen wird von zahlreichen Kanzeln herab den Frauen aus Herz gelegt, auf ihre Männer einzuwirken, daß sie für das Centrum eintreten. Dies Recht, das Sie (zum Centrum) für sich und noch dazu von einer privilegierten Stelle aus in Anspruch nehmen, verlangen wir für alle Parteien. In Belgien sind übrigens auch die Freunde des Herrn Trimbom für das Frauenstimmrecht eingetreten (Juraß im Centrum), ein Teil der Socialdemokraten leider dagegen. Aber ich kenne mich darüber nicht: Wenn wir in Deutschland jetzt das Frauenstimmrecht bekämen, dann bin ich gewiß, daß wir zunächst damit schlechte Erfahrungen machen würden. Aber die haben wir früher auch mit den Arbeitern gemacht und machen sie zum Teil ja jetzt noch. Die Arbeiter müßten ja, wenn sie alle Verstand hätten, auch alle socialdemokratisch wählen. (Lachen im Centrum.) Wie es uns aber gelungen ist, es bis über 2 Millionen Stimmen zu bringen, so würden wir auch die Frauen allmählich für uns gewinnen. Ja, wenn gar die Frauen über Ihren famosen Postarist-Geheimthaus abstimmen sollten, dann würden wir gleich bei den ersten Wahlen einen ganz ungeheuren Stimmenzuwachs haben, die Frauen sind viel vernünftiger, als Sie (zum Centrum) glauben. (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) — Es giebt ja schon eine ganze Reihe von Staaten, in denen der Vereinsbildung der Frauen nicht das geringste Hindernis in den Weg gelegt wird. Vollkommen widerständig ist es aber, die Frauen von Vereinen, in denen es doch verhältnismäßig ruhig zugeht, auszuschließen, sie aber zu öffentlichen Versammlungen, die der Agitation dienen, zuzulassen. — Herr Müller-Reinigen meinte, wir hätten mit den Frauen bisher wenig gute Erfahrungen gemacht. Nun, wir haben gar viele Frauen, aber wir haben noch immer nicht genug. (Große Heiterkeit.) Wenn die Frauen heute noch nicht in dem Maße zu uns kommen, wie wir das wünschen, so liegt es vor allem daran, daß die socialdemokratischen Frauenorganisationen viel mehr unterdrückt werden, als die bürgerlichen. Ich gönne gewiß den bürgerlichen Frauenvereinen die Freiheit, die sie genießen, Thatsache ist aber, daß z. B. in Berlin fünf socialdemokratische Frauenvereine aufgelöst worden sind, während man den bürgerlichen Frauen gegenüber nicht ähnlich aufgetreten ist. Die Verordnung des Herrn v. Hammerstein, daß Frauen nur in einem Segment an Vereinsversammlungen teilnehmen dürfen, ist vollkommen ungeschicklich. Wenn es einen preussischen Staatsanwalt giebt, der seine Pflicht und Schuldigkeit nach allen Richtungen thut, so müßte er Herrn v. Hammerstein wegen Verletzung des § 8 des Vereinsgesetzes zur Verantwortung ziehen. (Sehr richtig! bei den Soe.) Nach diesem Paragraphen dürfen Frauen, Kinder und Lehrlinge an politischen Vereinen nicht teilnehmen. Der Herr Minister, der selbst erklärte, er ließe auf dem Standpunkte von vor 50 Jahren, hat gar nicht gemerkt, was für eine gewaltige moralische Ohrfeige er sich selbst versetzte, als er den Frauen dies Recht einräumte. (Sehr gut! bei den Soe.) — Ich wiederhole also, es liegt uns fern, den bürgerlichen Frauen die Freiheiten, die sie gegenüber den socialdemokratischen genießen, zu

möglichen, aber wir wollen keine Wohlhaben, keine Polizeivillkür, wir wollen Recht ohne Ansehen der Person. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Mit Recht ist von mehreren Seiten auf den Widerspruch hingewiesen worden, in dem sich die Kommission mit ihrem Beschluß und Herr Trimborn bewegt, wenn sie den Frauen die Teilnahme an Versammlungen und Vereinen gestatten wollen, in denen die Berufsinteressen der Frauen verhandelt werden, im übrigen aber Vorrichtungen, über die Frauen-Petition zur Tagesordnung überzugehen. In Bayern hat man auf Betreiben des Centrums eine solche Bestimmung in das revidierte Vereinsgesetz aufgenommen, während die weiter gehenden Anträge unserer Genossen abgelehnt wurden. Die Entscheidungen, die daraufhin in Bayern erfolgt sind, sollten vor einer Nachahmung warnen. Herr Trimborn erklärt zwar hier, er wünsche eine möglichst weitgehende Ausdehnung einer solchen Bestimmung. Herr Trimborn ist Jurist: er sollte wissen, daß nichts gefährlicher ist, als den Behörden die Möglichkeit zu geben, das Gesetz nach Belieben zu interpretieren. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Wir wollen klares Recht und keine Willkür. Wie weit diese Willkür gehen kann, hat der verstoßene Rektor der Berliner Universität, Herr von Kelsch, bewiesen, der im vorigen Jahre einer Dame das Reden im socialwissenschaftlichen Studentenverein verboten hat, nur weil sie Socialdemokratin ist. Die Wahrung der Berufsinteressen der Frau führt unzweifelhaft auf das politische Gebiet. Zu diesen Berufsinteressen gehört für die Arbeiterin in erster Linie die gezielte Verkürzung der Arbeitszeit, der Achtstundentag. Das ist aber eine eminent politische Forderung, die im Wahlkampf große Bedeutung erlangen wird. Ebenso steht es mit der in einer Frauenpetition geforderten Verlängerung der Schonzeit der Wöchnerinnen von 4 auf 6 Wochen, mit dem Verbot der Nachtarbeit, mit dem Koalitionsrecht der Frauen. (Sehr richtig! S. D. Soc.) Ich meine, ich habe Ihnen durchschlagende Gründe genug angeführt, um Sie zu bestimmen, den Kommissionsantrag abzulehnen und die Anträge Dr. Krüger und Widert anzunehmen. Leider ist uns damit auch noch wenig geholfen, denn die Regierung wird auf unsere Anträge nicht eingehen. Kame sie mit einer Vorlage, so würde diese unsere Wünsche wenig befriedigen. Der Reichstag hat also gar keine Ursache, eine Begrenzung vorzunehmen. Sonst werden die neuen Zweideutigkeiten sofort neue Agitationen erwecken. Wollen Sie denn behaupten, daß die Männer klüger sind als die Frauen? Es giebt zahlreiche Frauen, die klüger sind als viele Männer. (Weiterkeit.) Es ist doch wirklich nur Zufall, ob jemand als Mann oder Frau auf die Welt kommt (Erneute Weiterkeit.) und dieser Zufall darf doch nicht ausschlaggebend sein. Die Zahl der Frauen, die zum Kampf ums Dasein gezwungen werden, wird immer größer, die Zahl der Uebelthätigkeiten ist im Rückgang begriffen, dabei steigt die Zahl der weiblichen Geburten fortwährend. Sind die Frauen beim Jollarit nicht mindestens so interessiert wie die Männer? Wer führt denn die Wirtschaftskasse? Wenn berührt die Verteuerung der Lebensmittel und der Wohnungsnotien am meisten? Doch die Frauen! Wie wollen Sie es also rechtfertigen zu sagen: „Das geht Euch Frauen nichts an!“ Ich hoffe, Sie werden sich der beherrschenden Einsicht nicht verschließen und reinen Tisch machen. Sonst werden Sie zweideutige und inhaltlose Zusätze schaffen und es wird keinen Frieden geben. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten und links.)

Sächsischer Ministraldirektor Fischer:

Zu dem Falle, den Abg. Müller-Meinungen anführte und in dem es sich um Entfernung von Minderjährigen handelte, waren die Behörden im Recht nach dem Gesetze. Herr Bebel und auch der Parteivorstand haben eine Zusammenstellung von Gründen, aus denen Versammlungen in Sachsen verboten werden sind, veröffentlicht, um die sächsischen Behörden lächerlich zu machen. Ich gebe zu, daß bei solch schnellen Entschlüssen Mißgriffe vorkommen; einzelne der Fälle haben auch mit ein Versehen entlockt, in anderen sagte ich mir, man muß auch die andere Seite hören. In einem Falle hat der Beamte gesagt: vom Thema darf nicht gesprochen werden, der Beamte hat sich versprochen, er wollte sagen, vom Thema darf nicht abgewichen werden. (Widerspruch und Lachen links.) Es war wirklich nur ein Versprechen und das sollte nicht in solch spöttischer Weise ausgenutzt werden. Von dem vom Abg. Bebel angeführten Fällen will ich manche preisgeben, andre scheinen mir aber so zu liegen, daß der Beamte gesetzmäßig im Recht war. (Der Redner spricht mit so leiser Stimme, auf der Tribüne herrscht so große Unruhe, daß die einzelnen Sätze auf der Tribüne nicht zu verstehen sind. Der Präsident bittet nochmals um Ruhe.) In Sachsen ist der Druck der Socialdemokraten besonders groß, d. h. das Bestreben, das Vereins- und Versammlungsrecht möglichst auszuheben oder seine Schranken zu durchbrechen oder zu umgehen. (Weiterkeit und Lachen links. Graf Balleskrem vertritt sich die „Zwiegespräche“.) Dieser Druck erzeugt den Gegendruck der Behörden, d. h. die Behörden sind bestrebt, die ungerissenen Schranken wieder aufzubauen und auf die strenge Durchführung der Gesetze zu achten. (Weiterkeit bei den Socialdemokraten.)

Vundestatsbevollmächtigter der Thüringischen Staaten Dr. v. Paulsen wendet sich gegen die Ausführungen Bebel's über die Vereinsgesetzgebung in Sachsen-Weimar, Altenburg und Sondershausen. Er bekennt, daß der § 3 des Gesetzes von Sondershausen schärfer gefaßt sei, als die Bestimmungen in anderen einzelstaatlichen Vereinsgesetzen. Es sei darin die Auflösungsbestimmung zu geben, wenn dringende Verordnungen vorhanden sei, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet sei. (Lachen links.) Das Verbot des Auftretens in öffentlicher Versammlung einem Redner gegenüber, der als aufreizend bekannt war, erscheint mir gerechtfertigt. Ich weise den Vorwurf der Willkür mit Entschiedenheit zurück. Was die übrigen Fälle angeht, so kenne ich die Einzelheiten nicht. (Beifall rechts.)

H. v. Charnowski (Pole):

In den Landesteilen mit polnischer Bevölkerung wird die Praxis auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts vielfach zur Ghilanisierung der Polen ausgenutzt. Für das zu schaffende Vereinsrecht ist absolute Klarheit notwendig. Wie scharf wird gegen die polnischen Turnvereine ganz im Gegensatz zu den deutschen Turnvereinen vorgegangen? Dabei greifen gerade die deutschen Turnvereine häufig auf das politische Gebiet über. Festliche Veranstaltungen und Ausflüge harmloser polnischer Vereine werden von der Polizeibehörde als öffentliche Versammlungen betrachtet und daraufhin verboten. Einem Posenischen Turnverein wurde ein Aufruf unterzogen mit der Begründung der Möglichkeit einer blutigen Schlacht! (Gelächter!) Das sind die kulturellen Selbenthäten des Polizeipräsidenten von Posen!

Abg. Dr. Trimborn (C.):

Ich habe ausdrücklich betont, daß wir dem Kommissionsbeschluß in der Erwartung zustimmen, daß der Begriff Berufsinteressen der Frauen in dem zu erwartenden Gesetze ausgedehnt werde auf alle socialpolitischen, humanitären und ähnlichen Interessen. Wenn wir wirklich etwas erreichen wollen, so müssen wir nicht volle Gleichberechtigung verlangen, sondern müssen uns vorläufig auf den erreichbaren Durchschnitt beschränken. Für eine Bestimmung in dem neuen Gesetz, daß denjenigen Staaten, die weitergehende Freiheiten einräumen wollen, dies unbenommen sein soll, wäre ich selbstverständlich. Von unserer Seite werden den Socialdemokraten am Rhein niemals Fälle abgetrieben, wohl aber müssen wir und darüber beklagen, daß die Socialdemokraten häufig unsere Versammlungen stören. Soeben wird mir noch von einem zuverlässigen Gewährsmann — meine Gewährsmänner sind immer zuverlässig — (Große Weiterkeit) mitgeteilt, daß erst am letzten Sonntag wieder in Dortmund eine Centrumsversammlung durch die Socialdemokraten gestört worden ist. Herr Bebel wies dann noch darauf hin, daß in Belgien meine Parteigenossen für das Stimmrecht der Frauen eingetreten wären. Aber Herr Bebel, in Belgien haben ja Ihre Parteigenossen dagegen gestimmt. (Woh! hört! im Centrum. Jurist bei den Socialdemokraten: Hat Bebel ja selbst gesagt!)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Präsident Graf Balleskrem teilt mit, das zwei Interpellationen betreffend die Fleischnot von den Abgg. Dr. Müller-Sagan (sf. Sp.)

Dr. Barth (sf. Sp.) Dr. Müller-Meinungen (sf. Sp.) und den Abg. Albrecht u. Gen. (Soc.) eingegangen sind und an einem der nächsten Tage zur Verhandlung kommen sollen. Nächste Sitzung. Mittwoch 1 Uhr. (Tagesordnung: Wahl eines Schriftführers an Stelle des Abg. Dr. Badmide, Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Albrecht u. Gen. betreffend Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit, Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 5/4 Uhr.

Generalstreik der französischen Bergarbeiter.

Paris, 12. Oktober. (Fig. Ver.)

Der Doppelmord von Terrenoire.

Gleich am zweiten Streiktage sind zwei Bergarbeiter der Ordnungsdetache zum Opfer gefallen. Entgegen der ersten privaten Meldung, die von einem Konflikt zwischen Streikenden und Gendarmen sprach, sucht eine „offizielle Version“ die Bedeutung des Doppelmordes durch den Hinweis abzuschwächen, daß dieser mit dem Streik nichts zu thun habe. Es soll sich um ein zufälliges „Mißverständnis“ handeln, veranlaßt durch einen Wortwechsel zwischen einem brutalen privaten Gutswächter und drei Arbeitern, wobei der Wächter drei Revolverkugeln abfeuerte und den Arbeiter Morasse verwundete. Was aber weiter erfolgte, das erweist selbst nach der offiziellen Meldung als eine polizeiliche Mißthat, die nur auf dem Boden der gouvernementalen Ordnungsdetache entstehen konnte.

Dem die herbeigeeilten Gendarmen, stets wie Hühner gegen streikende Arbeiter dreifert, haben, anstatt den Wächter auf frischer That zu verhaften, die zwei untereicht gebliebenen Arbeiter zwecks „Aufklärung des Thatbestandes“ in die Kaserne abgeführt. Da war so das „Mißverständnis“ seitens der zusammengelaufenen Menge unvermeidlich: Man denke sich nur das Umgekehrte: die Verwundung des Wächters durch die Arbeiter — wären dann diese auch nur eine Sekunde lang in Freiheit gelassen? Die Menge mühte notwendig in Empörung geraten und an die Verhaftung der abgeführten Arbeiter glauben. Um so mehr, als die Gendarmen, wie die „Aurore“ mitteilt und was die offizielle Meldung verschweigt, die Menge noch durch Beschimpfungen provozierten! Die weitere Entwicklung des „Mißverständnisses“ war von selbst gegeben: ein Steinwurf verletzte einen Gendarm, ein Faustschlag traf einen zweiten, worauf dieser, Namens Breuil, ohne weiteres aus nächster Nähe durch eine Revolverkugel zwei Arbeiter niederstreckte. Keine gesetzlich erforderliche vorherige dreimalige Aufforderung zum Auseinandergehen, kein vorheriger Schreidruf in die Luft — ein absichtlich mörderischer Schuß, ohne jeden Scheitern eines lebensgefährlichen Notwehrzustandes!...

Wer denkt da nicht an die übermenschliche Langmütigkeit der Gendarmen, Polizeikommissare und Soldaten gegenüber den bretonischen kerikalischen Varricaden-Krawallanten, die in offener Aufruhr gegen gesetzliche Regierungsmassnahmen nicht nur mit Steinen und Stöcken, sondern namentlich auch mit flüssigem Urnat die Vertreter der öffentlichen Macht bearbeiteten? Warum ist es in der Bretagne angeht ein großer aufreißerischer Masse wochenlang zu seinem auch nur annähernd ähnlichen „Mißverständnis“ gekommen, wie im kleinen ruhigen Orte Terrenoire, wo nach dem offiziellen Bericht nur „etwa dreißig Personen“ am Aufstand teilnahmen?! Warum? Weil eben der Klassenhaß gegen streikende Arbeiter von jeder Einschüchterungspolitik treibt und seine Werkzeuge, Gendarmen und Polizisten, scharf macht, weil er um jeden größeren Streik eine terrorisierende Atmosphäre erzeugt, in der sich der Gendarm allmächtig und zu allem berechtigt dünkt gegenüber den vogelfreien „Aublistoren“. Daß aber die demokratische Regierung Combes in dem gegenwärtigen Streik die übliche kapitalistische Ordnungsdetache treibt, das laßt in letzter Linie auf sie die Verantwortung für das Blutvergießen von Terrenoire; keine offiziellen Abschwächungen der thatsächlichen Einzelheiten des gegebenen Falles können an jener allgemeinen Verantwortung etwas ändern. Ebenso wenig wie die Verhaftung des mörderischen Gendarmen.

Nebrigens ist hundert gegen eins zu wetten, daß das Militärgericht den Mörder freisprechen wird. Siehe die Freisprechung der Gendarmen von Chélon's unter dem Ministerium Waldeck-Rousselle. Der „Gaulois“ darf sich schon heute auf den Freispruch freuen!...

Die unternehmerische und kerikal-nationalistische Presse sucht mit üblichem Eynismus aus dem vergossenen Arbeiterblut politisches Kapital zu schlagen — sei es gegen das antikerikale Ministerium, sei es, wie der seit dem Generalstreik taufend gewordene „Temps“, sogar gegen das — Landeskomitee der Bergarbeiter! Das kapitalistische Blatt geht nämlich von der ungeheuerlichen Voraussetzung aus, daß ein Streik notwendig das Leben der Arbeiter bedrohen müsse. Also habe das Bergarbeiter-Komitee durch die Streikerklärung das Blutvergießen verschuldet!... Die „Petite République“ aber sucht im Sinne der offiziellen Pressemitteilung die wahre Bedeutung der Sade abzuschwächen. Sie bringt es fertig, bloß von einem „schmerzlichen Zwischenfall“ und einem „einfachen fait-divers“ (Vokal-Ereignis) zu sprechen, das ja glücklich mit dem Streik nichts zu schaffen habe (complètement étranger au conflit) etc. Sie richtet ihren ganzen Jörn gegen die Rationalisten, die auf Grund der erwähnten Privatmeldung das Gegenteil behaupteten, und beschränkt vor allem den — Sturz des Ministeriums, wodurch die Kongregationen vor der Anwendung des Gesetzes gerettet würden!... Kein Wort des Tadels gegen die Regierung, keine Andeutung auf die Grundursache des „einfachen fait-divers“, die polizeilich-militärische Mantenthaltung. Dafür aber ebenso hier unangebrachte wie nachdrückliche Ermahnungen der Bergarbeiter zur „Vorsicht“ und „Achtung!“

Nach dieser Leistung der ministeriell-socialistischen Zeitung zu urteilen, braucht das Ministerium wegen des „fait-divers“ von Terrenoire die Opposition der ministeriell-socialistischen Fraktion nicht zu befürchten. Es sei übrigens bemerkt, daß der angezogene Artikel von H. Charnay an redaktioneller Stelle geschrieben ist. Jaurès und Gerault-Richard sind nach Carmaux verreist. Auf die Verfälschung kommt jedoch sachlich sehr wenig an.

Waffenung der Gelben.

Neben den polizeilich-militärischen Provokationen droht den Streikenden noch das herausfordernde Auftreten der „gelben“ Gewerkschaftler, dieser offenkundig im Dienste des Unternehmertums und wohl auch der kerikalischen Reaktion stehenden Renegaten der Arbeiterklasse. Die Pariser „unabhängige“ (1) Arbeitsbehörde der Gelben hat eine Zusammenkunft von angeblich 47 Delegierten gelber Bergarbeiter-Sektionen veranstaltet, auf der die Aufrechterhaltung der „Arbeitsfreiheit“ mit allen Mitteln, eventuell mit bewaffneter Hand beschlossen wurde. Und auf der Stelle votierte man die Anschaffung von Revolvern. Jede „Sektion“ soll zwanzig Revolver erhalten. Der Renegaten-Häuptling Lanoir brüstete sich einem Berichterstatter gegenüber, seine Leute wären bereits im Besitz von 14000 Revolverkugeln. Woher stammt das Jadaugel? Das ist um so leichter zu beantworten, als Abg. Vassly kürzlich bekannt machte, daß die Compagnie der Anzin-Gruben, eines Hauptnestes der Renegaten, unter die Gelben Revolver und Kugeln verteilt habe. Ferner teilt Vassly mit, daß in mehreren Orten des Nordreviers die Ingenieure der Grubengesellschaften den militärischen Chefs Befehle erteilten. In Bruay gab der Ingenieur einem Kavallerieposten den Befehl: „Attakiert nach Vellien!“

Man hört aber nichts von Regierungsmassnahmen gegen diese Hebergriffe der Ingenieure, und es bleibt noch abzuwarten, ob die Regierung gegen die Waffenung der Gelben etwas unternimmt.

Stand der Bewegung.

In den drei Streiktagen hat sich die Bewegung bereits erheblich auf eine erhebliche Mehrheit der Bergarbeiter ausgedehnt. Weiterer Zuzug ist von Montag an zu erwarten, so namentlich aus dem Departement Allier und aus Montceau-les-Bains. Was aber die Produktion betrifft, so ist sie bereits wohl mindestens zu drei Vierteln lahmgelegt. Die zwei Reviere des Nord und Pas-de-Calais und der Loire, wo der Ausstand nahezu allgemein ist, produzieren allein 24 250 000 Tonnen bei einer Gesamtproduktion von rund 33 Millionen Tonnen für ganz Frankreich.

Das wichtigste Ereignis für die weitere Entwicklung des Streiks ist der Beschluß des nördlichen Regional-Kongresses (für Nord und Pas-de-Calais), den Compagnie regionale Sonderforderungen zu unterstützen und zwar durch Vermittlung des Präsektens, nachdem das Centralkomitee der Kohlenwerke sich in berechneter Taktik für „unzuständig“ erklärt hat, mit dem Landeskomitee der Bergarbeiter in Unterhandlungen zu treten. Der Beschluß wurde mit 112 gegen bloß 17 Stimmen gefaßt. Damit zerfällt der Generalstreik hauptsächlich in eine Reihe regionaler Streiks, wobei die Centralleitung des Landeskomitees in den Hintergrund tritt. Ja, Abg. Vassly hat in Interviews erklärt, er sei der Meinung, daß die Arbeiter seines Reviers ohne weiteres die Arbeit wieder aufnehmen würden, sobald ihre Sonderforderungen bewilligt wären, also ohne Rücksicht auf den Stand der Bewegung in den andern Revieren.

Die nördlichen Forderungen sind: 1. Lohnerhöhung um 10 Proz., genauer, die Wiedererlangung der früheren, um ebensoviele Prozent herabgesetzten Lohnhöhe. Der Unterschied beträgt 189 Kronen pro Jahr. 2. Festsetzung eines Lohnminimums. 3. Abschaffung der übermäßigen Arbeitslast. 4. Verpflichtung, keine Maßregelungen wegen des Streiks vorzunehmen. 5. Kontrolle über die Lohnauszahlung, d. h. Einschuldung in die Gehaltsbücher.

Ferner haben die Arbeiter von Carmaux ihre Forderungen dem Grubendirektor brieflich mitgeteilt. Dort sind die Arbeiter in den Streik getreten vor allem aus Solidaritätsgefühlen und aus Disziplin gegenüber der Landesorganisation. Dem eignen brennenden Forderungen haben sie nicht. Sie verlangen wesentlich die Abstellung einer allerdings langen Reihe von untergeordneten Mißständen für die diversen Arbeiterkategorien. Für die gesamte Arbeiterchaft von Carmaux fordern sie dann: 1. Abschaffung der Verpflichtung der Kranken, sich in den Bureaux der Compagnie persönlich einschreiben zu lassen. 2. Keine Verpflichtung, bei einem Urlaubsgesuch die Gründe anzugeben. 3. Behandlung seitens der Compagnie und ihrer Angestellten auf dem Fuße der Gleichberechtigung.

Angehts des Solidaritätscharakters des Carmaux-Streiks ist die musterhafte Disziplin und Eintracht der dortigen Arbeiter doppelt bemerkenswert. Die Gewerkschaft konnte schon am zweiten Streiktage die Streikposten abschaffen, da sie zur Verhütung von Streikbrechereien unzulässig sind. Deshalb ist auch anzunehmen, daß in Carmaux die Arbeit nur im Einverständnis mit der Centralleitung aufgenommen werden würde.

In Saint-Etienne (Loire), wo die Führer, principiell Generalstreikler sind, wurde in einer Versammlung einstimmig beschlossen, sämtliche Arbeitsbranchen zum Generalstreik aufzufordern. Die Erregung über die Megelei von Terre-Noire, das in der Umgebung von St. Etienne liegt, hat gewiß an ihrem Teil bei dem Beschluß mitgewirkt. Nach dem vorliegenden kurzen Bericht scheint die Versammlung hauptsächlich die Megelei besprochen zu haben.

Paris, 14. Oktober. Die nationalisistische Gruppe der Deputiertenkammer beauftragte den Vicepräsidenten Roussel, in der Kammer einen Antrag einzubringen, wodurch der Gebrauch der Waffen bei Ausständigen geregelt werden soll.

Zu dem Ausstand der Vergleite in Valenciennes wird berichtet, daß die sogenannten roten und gelben Syndikate seit gestern in völligem Einverständnis mit einander sind und daß der Ausstand in den Departements Nord und Pas de Calais ein vollständiger ist. — In der Umgegend von Denain kam es zwischen etwa 1000 Ausständigen, die nach einem Schacht, in welchem angeblich noch gearbeitet wurde, marschieren wollten, und berittenen Gendarmen zu einem Zusammenstoß. Mehrere Arbeiter wurden leicht verletzt.

St. Etienne, 14. Oktober. Die Seher haben sich mit den Grubenarbeitern solidarisch erklärt und den allgemeinen Ausstand beschlossen. —

Witterungsübersicht vom 14. Oktober 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer homb. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. p. u. n.	Stationen	Barometer homb. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. p. u. n.
Swinemünde	761	SW	3	bedeckt	9	Saparanda	759	NO	2	heiter	-9
Hamburg	760	SW	3	bedeckt	10	Petersburg	761	SW	1	bedeckt	1
Berlin	764	SW	3	wolkenl.	8	Sork	761	SW	3	heiter	9
Frankf./M.	766	SW	3	bedeckt	8	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	768	SW	3	wolkenl.	8	Paris	765	SW	3	bed.	8
Wien	770	SW	3	heiter	8						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 15. Oktober 1902.

Ein wenig kühler, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenfällen und häufigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Hülle (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll, und die letzte Abonnementszahl beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Z. Z. Ein Reichstags-Abgeordneter wird im erwähnten Falle nicht aus dem Gehaltslohn entlassen.

Ziffer 130. Von B. zurückkehrende Arbeiter sind äußerst enttäuscht von den dortigen Verhältnissen und warnen vor der Auswanderung.

J. S. 17. 1. Soweit ohne Einhalt in die Klage der Sachverhalt ersichtlich ist, können Sie Ihre Klage voll durchsetzen. 2. Ja. 3. Eine Beschwerde ist zulässig, wäre wohl aber zwecklos. — G. W. M. Soweit ohne Einhalt in die Klage sich die Sachlage beurteilen läßt, befinden Sie sich im Unrecht und ist Ihnen deshalb zu einer Einigung zu raten. —

Schwiz R. Nicht ein Gesetz, sondern die auf Grund des Gesetzes erlassene Bundesrats-Verordnung vom 21. Januar 1902 regelt in Absatz 1 die Ruhezeit (nicht die Arbeitszeit) der im Hüttenbergwerke beschäftigten Arbeiter und Lehrlinge. Die wesentlichen Bestimmungen für Hütten und Verhütung über 16 Jahre sind folgende: Es ist für die Woche höchstens eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden zu gewähren. Die tägliche Arbeitszeit darf demnach höchstens 16 Stunden betragen. 60 mal im Jahre darf diese Maximalzeit überschritten werden, jedoch muß die achtstündige Ruhezeit gewahrt werden. Ist also z. B. eine Kellnerin von 8 morgens bis 1 Uhr abends beschäftigt, so darf der Arbeitsantritt am folgenden Tage nicht vor 9 Uhr beginnen. In Städten mit über 20 000 Einwohnern muß an die Stelle einer der 7 achtstündigen Ruhezeiten eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 21 Stunden jede zweite Woche treten (in kleineren Städten jede dritte Woche). In denjenigen Wochen, in denen eine 24stündige Ruhezeit nicht gewährt zu werden braucht, ist außer den 7 achtstündigen Ruhezeiten eine solche von mindestens sechs Stunden zu gewähren. Diese sechsstündige Ruhezeit muß in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends liegen. Sie ist in der Regel ein Frei-Vormittag oder Nachmittag. Weibliche Gehilfen und Lehrlinge zwischen 16 und 18 Jahren endlich dürfen zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens nur dann zur Bedienung der Gäste verwendet werden, wenn sie zur Familie des Arbeitgebers gehören. — J. B.

W. M. Der Vertrag wäre ansehbar. — M. B., Potsdam. Bis zum 1. April müßte die Miete gezahlt werden, falls nicht eine anderweitige Verständigung im Vergleichsweg erfolgt. — A. C. Dem Lehrern steht nach der Gewerbeordnung das Recht väterlicher Justiz dem Lehrling gegenüber zu. Die näheren Auseinandersetzungen über die Grenzen des Justizrechts finden Sie S. 234, 235 des in den öffentlichen Verkaufsstellen ausliegenden Arbeiterrechts. — J. B. 157. 1. Sitzung des Reichstags im Gegenfall



# Socialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Stralauerstr. 57

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 236/12

1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. 2. Kulturgeschichtlicher Vortrag des Genossen G. Zantow. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 333. Mittwoch, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Bezirksversammlung für Oberschöneweide bei Kaufhold, Wilhelmstrasse 18.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Mittwoch, 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal VIII:

## Versammlung der Metalldrücker.

Tages-Ordnung:

1. Die Lohnkämpfe der letzten Jahre und welche Lehren ziehen wir daraus? Referent: Cohen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet.

### Die Ortsverwaltung.

Kollegen! Nachdem wir durch unsere eigene Nachlässigkeit in den letzten Jahren in unseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückgegangen sind, ist es endlich an der Zeit, daß auch wir, sowie andre Branchen, uns aufmachen und die Stellung unter den organisierten Arbeitern wieder einnehmen, die uns durch eigene Schuld verloren ging. Es hat jeder Kollege zur Stelle zu sein, weil es gilt, unsere wichtigsten Interessen zu beraten.

2. C.

## Achtung, Kupferschmiede!

Alle Kollegen, die bei Rohrlegern arbeiten, werden hiermit aufgefordert, in der Versammlung der Rohrleger und Helfer zu erscheinen, die am 15. Oktober 1902, abends 8 Uhr, bei Kellner, Koppensstrasse 29, stattfindet.

Der Filial-Vorstand, A. Korbowicz.

D. R. P. 137 057.

# Ledumin

darf

in keinem Haushalte fehlen.

5007L\*

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 333.

Mittwoch, den 15. Oktober 1902, abends 8 Uhr,

## Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend

im Lokal von Keller, Koppens-Strasse 29.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. Referent Carl Wiefenthal. 2. Diskussion.

Sämtliche Unternehmer unseres Berufes sind hiermit zu dieser Versammlung eingeladen. Wir garantieren volle Redefreiheit.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet. Sämtliche Berliner Bauarbeiter werden hierdurch benachrichtigt, daß die Rohrleger und Helfer, welche vom Donnerstag, den 16. Oktober 1902 nicht im Besitz einer Legitimationskarte sind, aber auf den Bauten arbeiten, Streikbrecherdienste verrichten.

## Socialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Donnerstag, den 16. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers, Parteisekretärs und Revisor. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes, der Revisoren und Lokal-Kommission. 3. Anträge zur Generalversammlung des Central-Verbandes und Wahl der Delegierten zu derselben. 4. Protest Sabors gegen seinen Ausschluß. 5. Vereinsangelegenheiten.

Am Eingang legitimiert das Mitgliedsbuch.

Mitglieder, die ihre Wohnung verändert haben, werden ersucht, dies umgehend dem Vorstand oder Bezirksführer anzuzeigen.

Der Vorstand.

Nur 15 Mk.



Schweizer Uhren-Industrie.

Allen Fachmännern, Offizieren, Post-, Bahn- und Polizeibeamten, sowie Jedem, der eine gute Uhr braucht, empfehlen wir unsere Original Schweizer Elektro-Gold-Nemmel-Uhren. Diese Uhren besitzen ein vorzügliches, verlässliches, 25 stündiges Werk, sind genau reguliert und erprobt und leisten wir für jede Uhr eine dreijährige schriftliche Garantie. Die Gehäuse, welche auf der Pariser Weltausstellung mit der goldenen Medaille ausgezeichnet wurden, bestehen aus 14 Karat mit Sprungdeckel (Savonette), sind hochmodern, praktisch ausgestattet, schön gelbglänzend und graviert und mit echtem Gold auf elektrischem Wege farzt überzogen, das sie das Aussehen von echt goldenen Uhren besitzen und der beste Beweis für unsere goldenen Uhren sind. Preis einer Herren- oder Damenuhr nur 15 Mk. (früher 25 Mk.) franko u. zollfrei. Zu jeder Uhr ein Patent gratis. Hochlegante, moderne Ketten für Herren und Damen (auch Halsketten) à 5,-, 8,- und 12,- Mk. Jede nicht konvenierende Uhr wird kostenlos zurückgenommen. Jeder kein Risiko! Versandt gegen Nachnahme der vorherige Geldanzahlung. Postleistungen sind zu richten an das Uhren-Versandhaus „Chronos“ in Basel (Schweiz). — Briefe kosten 20 Pfg., Postkarte 0 Pfg.

### Mass-Anzüge mit Anprobe zu 24 und 30 Mark.

Winter-Paletots nach 28 u. 32 M. fertige unter Garantie des tadellosten Sitzens aus nur besten, modernsten Stoffresten an.

Rothmann Resler-Handlung Engros Krautstr. 1, II Tr. Chausseestr. 43, I Tr. am Strausberger Platz. Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

### Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Freitag, den 17. Oktober, nachmittags 5 1/2 Uhr, beim Kollegen Wernau, Schwebelstr. 23/24:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Fritz Zuboff über die Befehle der Synoden und den Antrag Douglas. 2. Diskussion. 3. Kasernenbericht vom dritten Quartal und Bericht der Revisoren. 4. Bericht der Rechtschutz-Kommission. 5. Ergänzungsmacht des Vorstandes und der Rechtschutz-Kommission. 6. Aufnahme neuer Mitglieder. 7. Vereinsangelegenheiten. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand. 3. H.: Ferdinand Ewald.

### Orts-Krankenkasse Gohagen-Rummelsburg.

## Versammlung

sämtlicher grossjährigen Kassenmitglieder am Dienstag, den 21. Oktober er., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Café Bellevue, Hauptstr. 1.

Tages-Ordnung: 1. Aufstellung von 88 Kandidaten zur Generalversammlung. 2. Bericht des Kassierers.

## Reste

Damen-Mäntel-Konfektion und Kindergarderobe. Futterseiden, Besatzartikel fertige Mäntel in grosser Auswahl zu bill. Pr.

## C. Pelz,

4. Kottbuser-Strasse 4.

## Alle Wanzen

herben sofort nebst Brut durch mehrere Wanzenot, in 10, 20, 30, 40, 50, 100, 200, 300, 400, 500, 1000, 2000, 3000, 4000, 5000, 10000, 20000, 30000, 40000, 50000, 100000, 200000, 300000, 400000, 500000, 1000000, 2000000, 3000000, 4000000, 5000000, 10000000, 20000000, 30000000, 40000000, 50000000, 100000000, 200000000, 300000000, 400000000, 500000000, 1000000000, 2000000000, 3000000000, 4000000000, 5000000000, 10000000000, 20000000000, 30000000000, 40000000000, 50000000000, 100000000000, 200000000000, 300000000000, 400000000000, 500000000000, 1000000000000, 2000000000000, 3000000000000, 4000000000000, 5000000000000, 10000000000000, 20000000000000, 30000000000000, 40000000000000, 50000000000000, 100000000000000, 200000000000000, 300000000000000, 400000000000000, 500000000000000, 1000000000000000, 2000000000000000, 3000000000000000, 4000000000000000, 5000000000000000, 10000000000000000, 20000000000000000, 30000000000000000, 40000000000000000, 50000000000000000, 100000000000000000, 200000000000000000, 300000000000000000, 400000000000000000, 500000000000000000, 1000000000000000000, 2000000000000000000, 3000000000000000000, 4000000000000000000, 5000000000000000000, 10000000000000000000, 20000000000000000000, 30000000000000000000, 40000000000000000000, 50000000000000000000, 100000000000000000000, 200000000000000000000, 300000000000000000000, 400000000000000000000, 500000000000000000000, 1000000000000000000000, 2000000000000000000000, 3000000000000000000000, 4000000000000000000000, 5000000000000000000000, 10000000000000000000000, 20000000000000000000000, 30000000000000000000000, 40000000000000000000000, 50000000000000000000000, 100000000000000000000000, 200000000000000000000000, 300000000000000000000000, 400000000000000000000000, 500000000000000000000000, 1000000000000000000000000, 2000000000000000000000000, 3000000000000000000000000, 4000000000000000000000000, 5000000000000000000000000, 10000000000000000000000000, 20000000000000000000000000, 30000000000000000000000000, 40000000000000000000000000, 50000000000000000000000000, 100000000000000000000000000, 200000000000000000000000000, 300000000000000000000000000, 400000000000000000000000000, 500000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000000000, 100, 200, 300, 400, 500, 1000, 2000, 3000, 4000, 5000, 100, 200, 300, 400, 500, 1000, 2000, 3000, 4000, 5000, 100, 200, 300, 400, 500, 1000, 2000, 3000, 4000, 5000, 100, 200, 300, 400, 500, 1000, 2000, 3000, 4000, 5000, 100, 200, 300, 400, 500, 1000, 2000, 3000, 4000, 5000, 100, 200, 300, 400, 500, 1000, 2000, 3000, 4000, 5000, 100, 200, 300, 400, 500, 1000, 2000, 3000, 4000, 5000, 100, 200, 300, 400, 500, 1000, 2000, 3000, 4000, 5000, 100, 200, 300, 4000, 500000

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis. Donnerstagabend 8 1/2 Uhr findet die Wahlvereins-Versammlung bei Riegel, Straußw. 57, statt. Auf der Tagesordnung steht: Wahl des Vorstandes und Vortrag des Genossen C. Rantow.

Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis (Süd-Ost), Urania-Balletts zum Sonntag-nachmittag 1 Uhr sind noch in der Expedition, Kaufweg 14/15, zu haben. Aufgeführt wird: Tausend Jahre deutscher Kultur. Die bis jetzt noch nicht verkauften Billets wolle man unverzüglich in der Expedition abholen.

Nixdorf. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 1/2 Uhr bei Thiele, Bergstr. 150-152 statt. Tagesordnung: Jahresbericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Widerhof. Der Wahlverein hält am Donnerstagabend 9 Uhr bei Weder, Oppenstr. 58, seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und Neuwahl. Vereinsangelegenheiten.

Lokales.

Von den Erwahlten zur Stadtverordneten-Versammlung.

Die durch den Tod der Stadtverordneten Friedr. Goldschmidt, Rehner und Virchow notwendig geworden sind und am 5. November vollzogen werden sollen, kommt eine auf die 1. Abteilung und zwei auf die 3. Abteilung. Für Goldschmidt ist im 9. Bezirk der 1. Abteilung, für Rehner und Virchow im 11. und im 4. Bezirk der 3. Abteilung Ersatz zu schaffen. Von einem wirklichen Wahlsampf kann, aus den bekannten Gründen, wieder nur in den Bezirken der 3. Abteilung die Rede sein. Die „Liberale“, wie sich die Berliner Zeitungen bei den Kommunalwahlen zu nennen pflegen, sind mit der Regelung der Kandidatenfrage ziemlich fertig. Im vierten Bezirk, der den Stadtteil von der Goldammerwiese westwärts bis zum Zoologischen Garten umfasst, ist Virchow's Mandat einem Herrn Kollodowsky, einem Angehörigen des Panthons Fleischbrot, zugebacht. Der Herr hat erklärt, zu den „entschieden“ Liberalen von der Couleur der „Neuen Linken“ zu gehören, und ist dann zum Kandidaten proklamiert worden, allerdings nicht ohne Widerspruch der „anderen“ Liberalen von der „Alten Linken“. Herr Kollodowsky Anhänger rechnen mit großer Zuversicht auf seinen Sieg — eingebend der verhältnismäßig hohen Stimmenzahl, die noch im Herbst 1901 auf Virchow fiel. Es ist indes leicht möglich, daß doch mancher, der einem Virchow noch seine Stimme geben zu sollen glaubte, diesmal einen Kollodowsky verläßt. Die „Börsen-Zeitung“ jammert sogar schon, daß der Virchow'sche Bezirk am Ende einem Socialdemokraten zufallen könnte, und schiebt die Liberalen an, einig zu sein. Im ersten Bezirk, der von Osten her an den Luisenstädtischen Kanal angrenzt, will der Freisinn, trotz der Niederlage, die er im vorigen Herbst hier erlitten hat, den Kampf noch einmal versuchen. Zum Kandidaten der Liberalen ist der Malermeister Kruse ausersehen — derselbe, der vor einem Jahre unfrem Genossen Meyer in den Wahlkampf unterlag. Herr Kruse ist von einer Verammlung des fortschrittlichen Vereins der äußeren Luisenstadt einstimmig als Kandidat acceptiert worden. Auch er wünscht, soviel wie möglich, als ein „entschieden“ Liberaler zu gelten. Die Siegeszuversicht ist hier sehr viel weniger groß als im 4. Bezirk, desto größer ist aber ihr Effekt. Man will ganz außerordentliche Anstrengungen machen, um der Socialdemokratie den Bezirk noch einmal zu entreißen. Die Agitation wird hier im Osten vorfichtiger betrieben werden als drüben im Westen, aber das Grundprinzip wird dasselbe sein: die bekannte Schankelpolitik der „Neuen Linken“, das hilflose Hin- und Herbewandern zwischen „einerseits“ und „andererseits“ — zwischen dem Eingeständnis, daß in der Berliner Kommunalverwaltung zwar so manches reformbedürftig ist, und der gleichzeitigen Versicherung, daß die Arbeit der Socialdemokraten und ihre Verbesserungsvorschläge doch „zu weit gehen“.

Die Theater-Aufführungen für die Schulfugend waren von Anfang an nicht als bloße Unterhaltung, sondern zugleich als eine Ergänzung des Unterrichtes in der deutschen Literatur gedacht. Sie werden das jetzt, nach Einführung des neuen Gemeindefschul-Verhaltens, noch mehr als bisher sein können. Die städtische Schulverwaltung legt Wert darauf, daß sie diesen Zweck so vollständig wie möglich erfüllen. Die Schuldeputation hat daher den Lehrerkollegien sämtlicher Gemeindefschulen je ein Exemplar der von der Litterarischen Vereinigung des Berliner Lehrervereins herausgegebenen Schulausgabe von Lessings „Minna von Barnhelm“ zugehen lassen und in einem Begleitfahrschein darauf hingewiesen, daß der Wortlaut dieser Ausgabe den für den Winter geplanten Aufführungen des Stüdes zu Grunde gelegt wird.

Buchhändler und Magistrat. Die Berliner Buchhändler gewählten bisher der Stadtgemeinde Berlin, einer ihrer Hauptstädte, die jährlich, jahraus einen ganzen Posten an Schulbüchern und wissenschaftlichen Werken für ihre Schul- und Fortbildungs-Anstalten, die städtischen Volksbibliotheken zc. gebraucht, einen Rabatt von 10 1/2 Proz. Neuerdings haben die Buchhändler den Magistrat darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Rabatt sich ein ungewöhnlich höher und durch die ungünstige Geschäftslage der letzten Jahre in keiner Weise gerechtfertigt sei. Der vom Magistrat in dieser Angelegenheit eingesetzte Ausschuss hat beschlossen, dem Magistrat für das nächste Jahr eine entsprechende Herabsetzung des Rabattes zu empfehlen.

Die Ankunft der Boeren-Generale in Berlin erfolgt, wie mitgeteilt wird, am Donnerstagnachmittag um 5 Uhr 23 Min. auf dem Bahnhof Zoologischer Garten. Die Generale werden jedoch nur bis Sonnabendabend bleiben, da wichtige Geschäfte sie nach England rufen. Sie kehren aber nach kurzer Zeit zurück und gedenken dann in mehreren deutschen Städten zu sprechen. Naturgemäß muß nunmehr die für Montag, den 20. d. Mts., geplante zweite Versammlung in der Philharmonie unterbleiben. Dagegen ist ins Auge gefaßt worden, Sonnabendabend hier noch eine große Versammlung abzuhalten.

Ein Totschläger, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 300 Mark angesetzt ist, wird auf Veranlassung der Hamburger Behörde von der Kriminalpolizei in Berlin gefaßt. Es handelt sich um einen Seemann, der einen schwedischen Matrosen Karl Ratten in der Nacht zum Montag auf der Reeperbahn in der Nähe der Silberstraße durch Messerstiche so schwer verletzte, daß er bald darauf starb. Der Thäter, der zu der That ein Dolchmesser mit Fischgrüngriff benutzte, ist 160 Meter groß und schlank, hat ein schmales blaßes Gesicht und einen kleinen schwarzen Schnurrbart, trägt einen grauen Zedertanzjacke (Weste) und eine graue englische Mütze und spricht süddeutsche (bayerische) Mundart und gebrochen englisch. Er war mit einem andern Seemann, der einen starken rötlichen Schnurr- und Vollbart trägt, und einem Franzosen von 27 bis 30 Jahren in dem Tanzlokal „Kosmo“.

Der falsche Hundefänger. Mit seltener Frechheit arbeitet ein Hunddieb, welcher unter der Maske eines Hundebesizers selbst in Gegenwart der Eigentümer Hunde stiehlt. Vorgefunden am Abend gegen 9 Uhr begab sich das Dienstmädchen des Gischenerstr. 85 wohnenden Kaufmanns A. in Begleitung eines jungen echten Terrier-Hundes auf die Straße. Plötzlich trat ein junger Mann an das Mädchen heran, nahm den Hund auf den Arm und erklärte, daß er als Hundebesitzer des Deutschen Tierchutzvereins den Hund, weil er ohne Maulkorb sei, mit Befehl belegen müsse. Das Dienstmädchen erklärte sich zwar bereit, das Tier sofort auszulösen, doch erklärte dies der angeblide Beamte als unzulässig, das beschlagnahmte Tier müsse aus dem Depot, an der Stadtbahn, abgeholt werden. Selbstverständlich beruhen die von dem angeblichen Hundefänger gemachten Angaben auf Unwahrheit. Der falsche Hundebesitzer ist zweifellos mit einem gewöhnlichen Hunddieb identisch, der sich auf solche raffinierte Weise Raffinerie zum Verkauf verschafft. Das Publikum sei darauf hingewiesen, daß die amtlich angestellten Hundefänger sowohl an der Mütze wie an der Brust ein Blechschild haben müssen mit der Aufschrift: „Deutscher Tierchutz-Verein“ und außerdem eine amtliche Legitimation bei sich führen. Personen, welche weder die bekannte Uniform tragen noch mit den erwähnten Blechschildern versehen sind und trotzdem den Hundefänger ausüben, sind als Diebe ohne weiteres der Polizei zu übergeben.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern abend gegen 8 Uhr in der Chausseestraße ereignet. Zur genannten Zeit versuchte der 74jährige Rentier Otto Blum, Chausseestr. 86 wohnhaft, vor dem Hause 92 des genannten Straßenzuges den Fahrradweg zu überschreiten. Um einen Lastwagen herumgehend, überfuhr der alte Herr die Annäherung eines Motorwagens der Linie Secirstraße—Vriy und betrat unmittelbar vor dem Wagen das Geleis. Obwohl der Wagenführer sofort Gegenstrom gab, gelang es ihm doch nicht, den Wagen rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Er wurde niedergedrückt und geriet unter die Vorderplattform. Um den Verunglückten aus seiner Lage zu befreien, mußte der Straßenbahnwagen mit Hilfe von Passanten angehoben werden. Blut, welches mehrfache Rippenbrüche wie auch äußere Verletzungen erlitten hatte, erhielt auf der Unfallstation in der Ludowikstraße die erste Hilfe und wurde dann nach seiner Wohnung gebracht.

In der Karlose gestorben ist vorgestern abend der 33 Jahre alte Kriminalschuttmann Peter Römer von der politischen Polizei, der am Hafenplatz 2 wohnte. Römer erkrankte seit einem Jahre an den Zähnen und Beinen in den letzten sechs Wochen viermal einen Zahnarzt. Vorgefunden nachmittags um 5 Uhr verließ er seine Frau und seinen siebenjährigen Sohn, machte noch einen Dienstgang und begab sich dann wieder zum Arzt, um sich drei Zähne ziehen zu lassen. Da er die Karlose wünschte, so zog der Zahnarzt einen praktischen Arzt aus der Nachbarschaft zu. Während der Betäubung traf Römer der Herzschlag und machte seinem Leben ein Ende.

In einem Zustande ungläublicher Verwahrlosung wurde vorgestern nachmittags eine 20 Jahre alte aus Lüderdorf gebürtige Marie Wahlow in der Köpenicker Forst aufgefunden. Das Mädchen wohnte bis vor sechs Wochen in Berlin in der Fruchtstraße und beschäftigte sich ab und zu mit der Anfertigung von Cigarettenspitzen. Die Wirtin kündigte ihr die Wohnung, weil die B. sehr schmutzig war und sich ganze Nächte umher trieb. Sonntags pflegte Marie Wahlow Landbuden in den Vororten aufzusuchen. Wahrscheinlich bei einer solchen Gelegenheit zog sie sich auf irgend eine Weise eine Kopfverletzung zu. Mit dieser lief sie dann verumthlicht wochenlang im Walde umher, bis man sie gestern im Zustande völliger Erschöpfung auffand und nach Berlin in ein Krankenhaus brachte. Die Verwahrlosung, in der sie sich befand, spottet jeder Beschreibung. Seit Wochen hatte sie kein Tropfen Wasser mehr ihren Körper berührt. Alles stank von Schmutz und Ungeheuer. Die Kopfwunde und andre Körperstellen, Ohren, Augen usw. eiterien und waren voll von Maden. Katarrh schien die Erschöpfung, die zusammengebrochen war und hilflos dalag, schon tagelang nicht mehr zu sich genommen zu haben. Im Krankenhaus wurde sie sofort unter Anwendung aller Vorkehrungsregeln gefaßt und mit Stärkungen versehen. Trotzdem war es nicht mehr möglich, sie am Leben zu erhalten, sie starb vielmehr bald nach der Aufnahme. Alles, was mit ihr in Berührung gekommen war, mußte desinfiziert werden.

In der Gewerkschaftshaus hat Herr Paul Müller, Melchiorstr. 27, vorn III bei Müller, eine Anzahl „Golds“ gefunden, welche bei ihm abgeholt werden können.

Wegen Kautionschwindels und Wechselräuberei verhaftet wurde der Kaufmann Wilhelm Wiener aus der Lebanstr. 107. Aus sich Geld zu verschaffen, ließ er sich Wertpapiere, die ihm junge Leute als Bürgschaft gegeben hatten, von einem Hamburger Bankhaus beschleihen. Da er auf diese Weise jedoch nicht so viel erhielt, wie er wohl gedacht hatte, fälschte er einen Wechsel über 1500 M. Mit diesem Gelde eröffnete er am Tempelhofer Ufer einen Cigarettenladen. Nachdem er ihn eingerichtet hatte, suchte er junge Leute als Hausdiener, Verkäufer und Reisende für eine Cigarettenfabrik. Es melbten sich viele Leute, die bereit waren, die verlangte Bürgschaft von 500 Mark zu stellen. W. kam auf diese Weise wieder zu 1500 Mark. Jetzt packte er seinen Koffer, da der Wechsel bald präsentiert werden mußte. Seine drei Angestellten aber merkten seinen Plan und liefen W. durch die Polizei in dem Augenblick festzunehmen, als er nach London, wo sich sein Vater, sein Bruder und seine Schwester befinden, abreisen wollte. Später kam auch der gefälschte Wechsel zum Vorschein. W. bestritt, daß es seine Absicht gewesen sei, zu entfliehen. Er habe lediglich desheils nach London fahren wollen, um seinen Angehörigen dort bei der Erfindung eines neuen Diphtherie-Heilverfahrens zu helfen.

Der Professor Dr. Waldner beginnt Mittwoch, den 15. Okt., abends 8 Uhr, im Bürgercafé des hiesigen Rathauses das Wintersemester des „Deutschen Vereins für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin E. B.“ mit einem Vortrage über den „Wau der menschlichen Rundhöhle und deren Verrichtungen“. Der Zutritt steht jedermann unentgeltlich frei.

Aus den Nachbarorten.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung trat in der Sitzung am Montag einen Antrag des Petitionsausschusses bei, entsprechend einem Wunsche des hiesigen Gastwirtevereins dem Magistrat zu empfehlen, daß er im nächstjährigen Etat von einer Erhebung des noch bestehenden 50prozentigen Zuschlages zur Betriebskosten abstehe. Begründet wurde die Petition damit, daß nicht allein die Ausnahmestener von nur sehr wenigen Gemeinden noch erhoben wird, sondern daß die Fleischsteuerung und der sich bereits bemerkbar machende Arbeitsmangel unzulässig das Gewerbe beeinträchtige. Sodann gab die Regulierung der Sedanstraße dem Stadtv. Hoffmann (Soz.) Veranlassung zu einigen recht bissigen Bemerkungen über die bisherige Haltung des Magistrats gegenüber der Versammlung. Bekanntlich sind in dieser Angelegenheit schon verschiedene Beschlüsse gefaßt worden, die sich für unbedingte bessere Zustandsetzung genannter Straße ausgesprochen hatten, die aber vom Magistrat stets ignoriert wurden. Nun soll eine gemißte Deputation mit dem hochbeimigen Vestier, die sich weigern, das Vorarbeiten zur Regulierung herzugeben, in ernste Verhandlung treten. Hinsichtlich des Eintausches von Kirchenland gegen Gemeindefeld ist der Kirchengemeinde der Appetit mit dem Essen genommen. Sie verlangt nicht nur die Errichtung eines kirchlichen Gebäudes auf dem Platz Y an der Grunewaldstraße, sondern regnet auch noch auf ein Entgeltelohnen für eine Kirche in der sogenannten Dorfau. Ein auf 11 Mitglieder verstärkter Ausschuss, dem auch Genosse Panzer angehört, soll mit der Kirchengemeinde in Verhandlung treten.

Spandau. Einer Nichtigstellung bedarf unsere gestrige Notiz betreffend das Ergebnis der Spandauer Stadtverordneten-Erwahl. Nicht mit 412, sondern mit 402 Stimmen wurde unser Genosse Grieben gewählt. Sein Gegner, Döring, unterlag mit 305 Stimmen. Als „Hausbestzer“ wurde der Bädermeister Kurth mit 305 Stimmen gewählt. Unsere Genossen mußten bekanntlich auf die Aufstellung einer Hausbesitzer-Kandidatur verzichten. Die socialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion Spandaus zählt jetzt wieder 9 Mitglieder bei 42 Sigen überhaupt. Die Wahlbeteiligung war von beiden Seiten ungewöhnlich klein.

Auch in Nixdorf werden nunmehr im Verlaufe des Winterhalbjahres eine Reihe vollständiger Kunstausstellungen stattfinden. Unter Vorsitz des Bürgermeisters Voigt hielt jüngst die zu diesem Zwecke in Nixdorf gebildete Kunstkommission mit der Leitung des „Vereins zur Förderung des Kunst“ eine Konferenz ab, welche das erfreuliche Resultat hatte, daß das Zustandekommen der Veranstaltung gesichert ist und daß schon am nächsten Sonntag der erste Kunstabend mit dem Thema: „Kunstliche Kunst“ in dem Festsaal des Kaiser Friedrich-Realgymnasiums stattfinden wird. Diese Veranstaltung soll eine Vorstellung geben von dem Stile dieser Darbietung, den Kräften, welche zu diesem Zwecke zur Verfügung stehen und der vom Verein im Leben gerufenen Methode, breiten Volksschichten einen recht künstlerischen Genuß zu vermitteln.

Otto Schramm, der Begründer des berühmten „Seebades“ in Wilmersdorf ist gestern im 57. Lebensjahre gestorben. Seit Jahren schwerkrank, hatte er die Leitung seines Vergnügungsortes jüngeren Verwandten übertragen. Durch das „Seebad“, in welchem bekanntlich das Baden Nebenache und das Tanzen Hauptsache war, ist Schramm zum reichen Manne geworden.

Gerichts-Zeitung.

Der Schnapsreisende. Die schwierige Lage der Geschäftsreisenden, welche mit Restaurateuren und Schankwirten zu arbeiten haben, trat in einer Verhandlung zu Tage, welche während zweier Sitzungsstunden die neunte Strafkammer des Landgerichts beschäftigt hat. Der Reisende A. war beschuldigt, der von ihm vertretenen Firma innerhalb einiger Jahre den Betrag von 13 000 M. unterschlagen zu haben. Er war im Jahre 1897 mit einem Gehalt von 275 M. monatlich und einer Provision, die sich je nach dem Wert der Waren zwischen 3 und 25 Proz. bewegte, angenommen. Außerdem stellte sein Chef ihm täglich eine elegante Equipage. Der Angeklagte machte so gute Geschäfte, daß der Umfang sich von Jahr zu Jahr bedeutend hob und zuletzt sogar sich verdreifachte. Während der beiden letzten Jahre stand dem Angeklagten kein Fuhrwerk mehr zur Verfügung, sein Chef bewilligte ihm anfangs dessen einen Speisesatz von täglich 5 M. Schon damals will der Angeklagte seinem Chef vorgehalten haben, daß er mit 5 M. Speise nicht auskommen könne, worauf der letztere, der den tüchtigen Vertreter nicht verlieren wollte, in unbestimmter Form weitergehende Zugeständnisse gemacht haben soll. Hiernach will der Angeklagte gerechnet haben, als er von den unterschlagenen Geldern einen Teil für sich verwandte. Er gab die mehr verausgabten Posten auch nicht an, sondern ließ sie aufsummen, bis sein Chef endlich auf Abrechnung drängte und dabei einen Fehlbetrag von 13 000 M. feststellte. Der Angeklagte bestritt, daß er diese Summe oder auch nur den geringsten Teil davon für sich verbraucht habe, er habe alles im Interesse des Geschäfts verbrauchen müssen. Sein Reisender verbrachte so viele Speisen, wie ein Wein- und Schnapsreisender, zumal wenn dieser die Aufgabe habe, neue Kunden zu gewinnen. Er müsse wiederholt reichlich verkehren und zum Besen geben, bevor er vielleicht einen Auftrag erhalten, er müsse kostspielige Abendessen mitmachen und noch sonst allerlei Opfer bringen. Zu Fuß hätte er seine Kandidatur nicht bewältigen können und ein Fuhrwerk habe ihm täglich 15 bis 20 M. gekostet. Sein ganzes Gehalt habe er ebendieser zugeführt. Es war seitens des Verteidigers, Justizrats Brontek, ein umfassender Entlastungsbegehren ausgedrückt worden. Eine ganze Reihe Zeugeter der Destillationsbranche war als Sachverständige geladen. Großdeputationsrat Kar Schulz bezeichnete es als einen Krebschaden, daß das Geschäft durch die ungeheuren Speisen so belastet werde, einige Firmen glaubten aber, daß dies im Interesse der Bekanne nötig sei. Das Geschäft, welches der Angeklagte bezogen habe, sei höchst anständig gewesen, und er hätte es für ausgeschlossen gehalten, dessen Chef sich zur Zufriederung von 13 000 M. Extraspesen für einen Zeitraum von zwei Jahren herbeigelassen hätte. Richtig sei es, daß die Thätigkeit eines Reisenden ganz außerordentliche Opfer an Gesundheit und den Geldbeutel stelle. — Zu diesem Thema bewegten sich auch die übrigen Gutachten. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten wegen Unterschlagung eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren, der Gerichtshof schloß sich aber den Ausführungen des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung, indem angenommen wurde, daß der Angeklagte sich in der rechtsirrtümlichen Auffassung befunden habe, er dürfe so eigenmächtig handeln, wie er gethan.

Vornehme Grundstückspekulationen. Reichsgericht gegen Oberverwaltungsgericht wurde gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts II abgeurteilt. Wegen Vergehens gegen das Gewerbegesetz vom 21. Juni 1891 wurden der Wirt, Geh. Ober-Regierungsrat a. D. Lüders und der Kammerherr Graf Albert Hermann v. Griebenow zur Verantwortung gezogen. Beide Beschuldigte haben im Laufe der Jahre in der Kolonie Grunewald eine Reihe von Grundstücken gekauft, die sie in kürzerer oder längerer Zeit mit Gewinn wieder veräußerten. Die künftl. Regierung zu Potsdam ist der Ansicht, daß sie auf diese Weise den Grundstücks-handel als stehendes Gewerbe ausgelöst haben und verpflichtet gewesen wären, dieses steuerpflichtige Gewerbe anzunehmen. Wie die Verhandlung ergab, hat insbesondere Geh. Rath Lüders aus dem Verkauf solcher Grundstücke erhebliche Gewinne erzielt, die sich auf 65,000 M., 18,000 M., 27,000 M. usw. stellen. Geh. Rath Lüders, der persönlich anwesend war, bestritt die Verrechtigung der gegen ihn erhobenen Anklage. Es handelte sich hier nicht um einen auf einseitlichem Willen beruhenden Handelsbetrieb, sondern um einzelne Grundstücksgeschäfte, die er teils aus bestimmten Veranlassungen, teils aus Spekulation gemacht habe. Ähnliche Ausführungen machte Rechtsanwalt Dr. Werthauer für den abwesenden Grafen v. Griebenow. Die Angeklagten müßten aber auch aus Rechtsgründen freigesprochen werden. Nach dem Gewerbegesetz unterliegen der Besteuerung nach diesem Gesetz die in Preußen betriebenen „stehenden Gewerbe“. Obgleich liege aber hier die mit diesem Begriff verbundene Selbstständigkeit der Thätigkeit nicht vor. Ueber den Gewerbebegriff bezüglich des Handels mit Immobilien bestche ein 14 Jahre alter Streit zwischen dem Reichsgericht und dem Oberverwaltungsgericht. Nach der Gewerbeordnung gelte der Handel mit Immobilien nicht als Gewerbe, während er nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 17. Februar 1888 in steuerlicher Hinsicht einen Gewerbebetrieb darstelle. Das Reichsgericht habe dagegen in dem Erkenntnis vom 16./23. März 1886 die Steuerpflichtigkeit eines solchen Handels, wenn er von einem einzelnen gewerbmäßig betrieben wird, verneint. — Staatsanwalt Kehler führte dagegen aus, daß beide Beschuldigte durch die große Zahl der Käufe und bald darauf folgende Verkäufe sich eine dauernde Einnahmequelle verschafft und deshalb einen steuerpflichtigen Grundstücks-handel betrieben haben. Er beantragte nach Maßgabe der steuerpflichtigen Vorschriften gegen Geh. Rath Lüders eine Strafe in Höhe von 5272 M., gegen den Grafen v. Griebenow eine solche in Höhe von 600 M. — Der Gerichtshof erkannte im Anschluß an die vom Verteidiger geltend gemachten Gründe auf Freisprechung, da er durch die fraglichen An- und Verkäufe den Begriff des „stehenden Gewerbes“ nicht erfüllt ansah.

**Liedergemeinschaft  
der Arbeiter-Sänger-Vereinigungen  
Deutschlands.**

**Nachruf!**

Nach langem schweren Leiden wurde das langjährige Mitglied des Ausschusses

**Julius Schneider**

am 8. Oktober durch den Tod erlöst.

Sein opferfreudiger Fleiss für die Interessen der Arbeiter-Sängerschaft Deutschlands wird in steter Erinnerung bleiben und wahrt ihm ein ehrendes Andenken.

Der geschäftsführende Ausschuss. I. A.: Otto Rasche.

Am 13. früh 8 1/2 Uhr verstarb plötzlich mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Restaurateur

**Otto Härtig**

im 39. Lebensjahre.

Das zeigen tiefbetäubt an Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Oktober, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs (Kornmannstrasse) aus statt.

Allen Bekannten zur Nachricht, das unter guter Pater und Schwieger-vater, der Schuhmacher

**Max Hibinsky**

sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Donnerstagnachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Die Hinterbliebenen.**

**Dr. Simmel,** Prinzstr. 41. Spezialarzt für **Haut- und Halsleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost).**

Den Mitgliedern zur Nachricht, das unter

**Otto Härtig,**

Rantauwellestr. 59, Stadtbezirk 92, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.

24/16 Der Vorstand.

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**

Den Mitgliedern zur Nachricht, das unter

**Paul Hahn**

am Sonntag, den 12. Oktober, verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses am Urban aus statt.

89/29  
Um rege Betheiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Dankagung.**

Für die ebenens große Betheiligung bei dem Begräbnis meines Sohnes, sowie für die Kranzpenden namentlich der Mitglieder des **Central-Verbandes d. Handelsangehörigen,** sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank zugleich im Namen meiner Kinder.

**J. Guttmann,**  
NW. Brücken-Allee 4.

**Danksagung.**

Für die große und herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **A. Gronwald** sage ich allen Betheiligten, insbesondere den Kollegen und Kollegen der GutsMuths G. Seelig und den Genossen von Friedrichsfelde und Krummelsburg meinen herzlichsten Dank.

13472  
**K. Gronwald, Friedrichsfelde.**

**Danksagung.**

Für die zahlreiche Betheiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich dem Gehilfen Herrn **Freie Wiederlafel** sowie den Genossen des 5. Wahlkreises und Bekannten und Freunden ihren herzlichsten Dank.

**Auguste und Erna Schneider.**

**Charlottenburg.**

Restaurant „Zur alten Linde“, Leibnizstr. 3. Gut gekochte Küche, warme Speisen zu jeder Tageszeit.

21656 **A. Rötger.**

**Die einzig dastehenden  
Fielitz-Briquetts**

(allererle Marke des ganzen Zentnerberger, Kettwitzer, Ober- und Niederlausitzer Kohlen-Krausens) in kleine Stücke zerhackt, erziehen durch ihre großartige Heizkraft vollständig die Ziehrohre und übertrafen durch ihre langanhaltende Glut den Coaks um's Doppelte. Den Beweis kann sich jede Hausfrau durch eine Probe selbst liefern.

**Billigste Bezugsquelle**

**Edmund Beese, Comptoir: Schwedterstr. 43.**

**Filialen für den Kleinverkauf:**

Anklamerstrasse 23. Putznerstr. 17.  
Anklamerstrasse 51. Rheinsbergerstr. 27.  
Chorinerstrasse 68. (Inhaber: C. Haborland).  
Dragonerstrasse 6a. Schlemmerstrasse 42.  
Dunkerstrasse 89. Stargarderstrasse 57.  
Fehrbellinerstrasse 18. Straßenderstrasse 14.  
Griebenowstrasse 20. Swinemünderstr. 81.  
Oderbergerstrasse 51. Weissenburgerstr. 34.  
Pappel-Allee 27. (Inhaber: E. Röhl).  
(Inhaber: A. Böhm). 48529

**Restaurant zum Lindenpark**

Friedrichsfelde, an der Kirche. Saalhalle „Lindenpark“ der Straßenbahn Spittelmarkt-Alexanderplatz-Friedrichsfelde. Großes Etablissement des Cües. Großer Lura- und Spielplatz. Vereinen und Schulen bestens zu empfehlen. Kaffeeische von 2-6 Uhr geöffnet.

**A. Gesch.**

# A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17.  
Ecke Leipzigerstraße.

Belle Alliancestr. 1-2.  
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurter Str. 113.  
Ecke Andreasstraße.

## Gelegenheitskauf!

Durch Uebernahme eines Fabrik-Lagers sind wir in der Lage, folgende Artikel, soweit der Vorrath reicht, zu nachstehend aufgeführten, aussergewöhnlich billigen Preisen zu offeriren:

<b>7525</b>	Stück <b>Damenblousen</b> bedruckt und gewebt . . . . .	Stück	<b>1</b> <sup>25</sup> M.	<b>1</b> <sup>95</sup> M.	<b>2</b> <sup>45</sup> M.
<b>968</b>	Stück <b>Damenblousen</b> in neuer, eleganter, geschmackvoller Ausführung, ganz auf Futter	Stück	<b>2</b> <sup>95</sup> M.	<b>4</b> <sup>90</sup> M.	<b>5</b> <sup>45</sup> M.
<b>739</b>	Stück <b>Seidene Blousen</b> einfarbig	Stück	<b>3</b> <sup>90</sup> M.	gestreift	<b>4</b> <sup>85</sup> M.
<b>491</b>	Stück <b>Costüme-Röcke</b> moderne Stoffe . . . . .	Stück	<b>2</b> <sup>50</sup> M.	<b>3</b> <sup>25</sup> M.	<b>4</b> <sup>50</sup> M.

Da diese Artikel ganz hervorragend preiswerth sind, werden dieselben an Wiederverkäufer nicht abgegeben.

Wir offeriren ausserdem:

### 1000 Dutzend Damenstrümpfe 48 Pf.

schwarz Wolle plattirt, früherer Preis Paar 70 Pf. . . . . jetzt Paar